STUDENTENSCHAFT DER TH DARMSTADT
Eing. 15. MÄRZ 1966
Erg.

Z 7781 D

HOCHSCHULDIENST

INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XIX — Nr. 5 Bonn, 8. März 1966 AUSGABE A

Hoffnung auf mehr Mittel für die Hochschulen

Die erste Lesung des Bundeshaushaltes 1966 — Wird die Ausbildungsbeihilfe gestrichen?

HD — Hoffnung auf mehr Mittel für den Ausbau der bestehenden Hochschulen brachte die erste Lesung des Bundeshaushaltes 1966 im Bundestag, die am 3. März stattfand. Noch zeichneten sich keine konkreten Vorschläge ab, das Defizit von 180 Mio. DM abzudecken, das im Hochschulausbau an Bundeszuschüssen entstanden ist. Mit unterschiedlichem Schwergewicht setzten sich jedoch Sprecher aller Fraktionen dafür ein, die Mittel über 350 Mio. DM im Regierungsentwurf zum Haushalt zu erhöhen.

Bundeskanzler Ludwig Erhard verlangte in einer Erklärung vor Beginn der eigentlichen Debatte einen mehrjährigen Finanzplan mit Schwerpunkten und Prioritäten. Die Prioritäten müßten für bestimmte Ausgabenkategorien nach ihrer sachlichen und zeitlichen Dringlichkeit festgelegt werden. Für einige wichtge Aufgabengebiete — u. a. die Wissenschaftsförderung, die Verkehrs- und Wirtschaftsförderung — bestünden bereits mehrjährige Entwicklungs- oder Finanzpläne oder seien in Vorbereitung. Eine solche Politik impliziere die Festsetzung des Finanzbedarfs und dessen Abstimmung mit den finanziellen Möglichkeiten. Erhard wies darauf hin, daß erhebliche Ausgaben der Öffentlichen Hand heute schon der Bereicherung des individuellen menschlichen Lebens dienten. Wörtlich sagte er: „Ich denke dabei an all das, was für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung, für das Gesundheitswesen, für den Sport oder die Bewältigung der Verkehrsprobleme ausgegeben wird."

Der CDU-Abgeordnete Leicht hob hervor, daß die Bundesregierung die Bedeutung, die der Wissenschaft und Forschung für die zukünftige Stellung Deutschlands in der Welt zukomme, bereits in der großen Wissenschaftsdebatte betont habe. Die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung sei dadurch unterstrichen, daß die Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf eine Steigerung des Gesamtansatzes für das Bundesforschungsministerium von etwa 30 Prozent vorgeschlagen habe. Der Bedarf sei — isoliert betrachtet — größer als die Möglichkeit, ihm Rechnung zu tragen. Deshalb entstehe die Frage der Auswahl und der Zwang, Schwerpunkte zu schaffen. Die CDU/CSU freue sich, daß 100 Mio. DM mehr an Zuschüssen für die Hochschulen angesetzt seien als bisher vorgesehen bzw. im Verwaltungsabkommen mit den Ländern vereinbart waren. Mit Genugtuung sei auch festzustellen, daß für die Finanzierung von zwei Medizinischen Akademien Mittel veranschlagt worden seien. Die CDU/CSU halte es für richtig, daß sich die Bundesregierung bereit erklärt habe, den Mangel an medizinischen Ausbildungsstätten zu beheben. Durch bilaterale Regelungen mit einigen Bundesländern könnte der Bau Medizinischer Akademien ermöglicht werden, solange eine multilaterale Regelung mit oder zwischen den Ländern nicht möglich sei. Der Abgeordnete erklärte: „Bei diesen Tatsachen müssen wir über Meinungsstreit, der in der Öffentlichkeit ausgetragen wird, durch Memoranden, durch Reden, durch Demonstrationen ein weit größeres Maß von Loyalität von allen Seiten verlangen, als das zu beobachten ist."

Zur Ausbildungszulage beim Kindergeld — auch „Pennälergehalt" genannt — erklärte der Abgeordnete, seine Fraktion stelle eine Überprüfung an. Es würden Zweifel an dem bildungspolitischen Effekt dieser Maßnahmen geäußert, und es würde darauf verwiesen, daß zumindest bei den Beziehern höherer Einkommen diese Einkommenshilfe gespart werden könnte.

Für die Sozialdemokraten sprach der Abgeordnete Schoettle. Er wies auf die Priorität der Wissenschaftsförderung hin und kündigte an, daß die SPD anstrebe, gegenüber dem Regierungsentwurf eine Gewichtsverteilung im Bundeshaushalt vorzunehmen. Diese Gewichtsverteilung bezifferte er auf etwa 800 Mio. DM. Zu den Mitteln für den Ausbau der bestehenden Hochschulen erklärte er: „Wir sind überzeugt und werden uns entschieden darum bemühen, daß diese 180 Mio. DM wieder in den Bundeshaushalt eingestellt und die Empfehlungen des Wissenschaftsrates im vollen Umfange berücksichtigt werden." Schoettle deutete auch Deckungsvorschläge an. So denkt er an eine Kürzung von Subventionen in einer Größenordnung von 10 Prozent. Er schlug vor, das sogenannte „Pennälergehalt" zu beseitigen. Die SPD stimme darin mit dem nordrhein-westfälischen Kultusminister Prof. Paul Mikat (CDU) überein. Statt einer ungezielten Förderung nach dem „Gießkannenprinzip" komme es darauf an, die Ausbildungsförderung zu einer gewissen gezielten Förderung umzugestalten. Die SPD möchte ausserdem die Subventionen für die Mineralölwirtschaft gekürzt wissen und das Haushaltsdefizit von 200 Mio. DM aus dem Jahre 1965 erst in den Bundeshaushalt 1967 einstellen.

Bundesfamilienminister Dr. Heck wies den Vorschlag auf Abbau der Ausbildungsbeihilfe zurück. Er erklärte: „Ich sage Ihnen für die Bundesregierung: Die Bundesregierung ist nicht bereit, den Familienlastenausgleich abzubauen, um Mittel für die sicher sehr wichtige Aufgabe der Förderung der Wissenschaften frei zu bekommen."

Der FDP-Abgeordnete Dr. Emde meinte, der Haushaltsausschuß und das Plenum würden sich in der zweiten und dritten Lesung mit der Frage beschäftigen müssen, ob die Mittel für die Wissenschaft und Forschung aufgestockt werden könnten. Es müsse eindeutig klar sein, daß zusätz-

INHALT:

2,4 Milliarden für die Wissenschaft 3
Wissenschaftsrat erwägt Reform des Medizinstudiums 4
Führt Wissenschaftleraustausch zur Abwanderung? 6
Sozialwissenschaftliche Arbeit soll effektiver werden 7
Aus der Stiftung Volkswagenwerk 8
VDS legt Dokumentation „Studienreform 1965" vor 10
Aus der Forschung 10
„Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik" 11
Kurz berichtet 12

liche Gelder auch tatsächlich in diesem Rechnungsjahr ausgegeben werden könnten, um nicht neue Reste aufzutürmen. Die Mittel müßten durch vorherige Streichung an anderer Stelle gewonnen werden. Unter dieser Voraussetzung sei die FDP bereit, die Mittel des Wissenschaftsministeriums weiter aufzustocken. Wissenschaft und Forschung seien Bereiche staatlicher Tätigkeit, die zu allen Zeiten mit besonderer Sorgfalt gepflegt werden müßten. Zum Ausbildungsbeihilfengesetz erklärte der Abgeordnete, es sei höchste Zeit, daß hier eine befriedigende Lösung gefunden werde. Der beste Weg wäre eine völlige Streichung dieses verunglückten Gesetzeswerkes, das denen, die tatsächlich Bedarf hätten, zu wenig gäbe, für alle anderen aber überflüssig sei. Die FDP strebe an, alle in den verschiedenen Einzelplänen des Haushalts enthaltenen Ausbildungsförderungsbeiträge zusammenzufassen und ein einheitliches Gesetz an die Stelle verschiedenartiger Maßnahmen zu setzen. Die FDP wünsche ein vernünftiges Ausbildungsförderungsgesetz, in das alle Gesichtspunkte, auch familienpolitischer Art, eingebaut werden könnten. Sie werde sich einer Rückerhöhung der monatlichen Ausbildungsbeihilfen von 30,— auf 40,— DM von 1967 an widersetzen.

Der SPD-Abgeordnete Hermsdorf erklärte, die an anderer Stelle im Haushalt gestrichenen Beiträge müßten dem Wissenschaftshaushalt zugeführt werden. Dann habe die Haushaltspolitik alles in ihrer Kraft stehende getan, um Wissenschaft und Forschung zu dienen.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Möller machte u. a. darauf aufmerksam, daß auch der baden-württembergische Ministerpräsident, Dr. Kurt Georg Kiesinger, eine Revision der Ausbildungszulage begrüßt habe. Kiesinger habe angekündigt, daß das Land Baden-Württemberg im Bundesrat für eine solche Gesetzesänderung stimmen werde.

Der CDU-Abgeordnete Windelen erklärte, am Ausbildungsbeihilfengesetz gefalle auch seiner Fraktion nicht alles. Man hätte viel lieber ein Ausbildungsförderungsgesetz verabschieden wollen, aber das Land Hessen hätte mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gedroht.

Bildungsbauten um ein Drittel zu teuer?

Der CDU-Abgeordnete Dr. Dichgans wies darauf hin, daß er nach Besprechungen mit vielen Experten der Auffassung sei, daß die Bildungsbauten in Deutschland um ein Drittel zu teuer seien. Ein Sechstel entfalle dabei auf den übertriebenen Raumbedarf und ein Sechstel auf übertriebene Ausstattung. In einer Sitzung der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft habe der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr. Julius Speer, berichtet, daß die Forschungsgemeinschaft Institute mit einem Kubikmeterpreis von 150,— DM baue, während eine Universität am gleichen Ort 220,— DM für ähnliche Institute ausgegeben habe. Wenn es gelänge, die Überteuerung um ein Drittel abzubauen, so könnten statt der 530 Mio. DM für Hochschulbauten 370 Mio. DM genügen. Mit dieser Summe könnte alles das gebaut werden, was bei den bisherigen Voranschlägen mit 530 Mio. DM hätte gebaut werden sollen. Das bestehende Problem würde dann vielleicht auf diese überraschende Weise gelöst werden.

Finanzvorschau 1966 bis 1970

Vor der Debatte hatte die Bundesregierung den Finanzbericht 1966 vorgelegt. Dieser Finanzbericht enthält auch eine Vorschau auf Einnahmen und Ausgaben des Bundes für die Jahre 1966 bis 1970, die zeigt, welche Möglichkeiten und welche Notwendigkeiten für eine Wissenschaftsförderung bestehen. Die Vorausschau rechnet damit, daß von 1967 bis 1970 nur etwa zehn Prozent der Gesamtausgaben des Bundes rechtlich nicht gebunden seien. Diese rechtlich nicht gebundenen Ausgaben hätten jedoch besonderes politisches Gewicht. Aus diesen Mitteln müßten so wichtige Aufgaben wie die allgemeine Wirtschaftsförderung einschließlich der verschiedenen Maßnahmen des Grünen Planes und der sonstigen Landwirtschaftsförderung sowie weite Bereiche der Förderung für Wissenschaft und Forschung finanziert werden. Der Finanzbericht rechnet damit, daß rund 6,9 Milliarden DM als rechtlich nicht gebundener Bedarf in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Der nicht gebundene Bedarf wird bis 1970 etwa auf 8,8 bis 9 Mio. DM im Jahr geschätzt. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, wie schmal die verfügbaren Beträge des Bundes sind, um eine Wissenschaftsförderung zu betreiben. Das gilt um so mehr, als nach den Angaben des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Sieverts, künftig der Bund rund 1 Milliarde DM jährlich in den Ausbau der bestehenden Hochschulen investieren müsse. Die Bundesregierung wies in ihrem Finanzbericht darauf hin, daß in den Jahren bis 1970 im Bundeshaushalt eine Finanzierungslücke von durchschnittlich etwa 4 Milliarden DM jährlich verbleibt. Diese permanente Finanzierungslücke sei darauf zurückzuführen, daß durch die automatische Steigerung der Ausgaben aufgrund der einigen Gesetzen innewohnenden Dynamisierung der jährliche Einnahmenzuwachs mehr als aufgezehrt werde. Zur Beseitigung dieser Finanzierungslücken bedürfe es einschneidender Maßnahmen. Wenn Steuererhöhungen vermieden werden sollten, müßten auf der Ausgabenseite tiefgreifende Umstellungen vorgenommen werden. Von den gegenwärtig im Bundeshaushalt vorhandenen Schwerpunkten könnten nur wenige bestehen bleiben. Alle Ausgabenansätze, auch diejenigen, die bisher als politisch unantastbar angesehen worden seien, müßten untersucht werden. Eine Reihe von Ausgabengesetzen müßten mit dem Ziel geändert werden, die Ausgaben herabzusetzen. Dabei werde es in erster Linie darauf ankommen, die konsumptiven Ausgaben zu senken, um den Aufwendungen für die Zukunftssicherung, zu denen in erster Linie auch die Wissenschaftsförderung gehöre, den Raum im Haushalt zu sichern, der ihnen zukomme. Die Übersicht über die Haushaltsentwicklung zeige deutlich, daß ein Spielraum für die Übernahme neuer Aufgaben durch den Bund nicht vorhanden sei und daß daher neu auftretende Ausgaben nur durch eine weitere Einschränkung an anderer Stelle in Angriff genommen werden könnten.

Treffen: SPD und Spitzen aus Wissenschaft und Forschung

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte vor der Haushaltsdebatte am 15. Februar die Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Wissenschaftsrates empfangen. In einem Gespräch von mehr als drei Stunden Dauer gab es eine lebhafte Diskussion zwischen den Abgeordneten und den Präsidenten der wissenschaftlichen Organisationen. Auf Wunsch beider Seiten sollen die Gespräche fortgesetzt werden. Das wichtigste Resultat dieses Gespräches ist die Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion, alles zu tun, um die fehlenden 180 Mio. DM für den Ausbau der Hochschulen 1966 doch noch bereitzustellen. Falls die Bundesregierung oder die Regierungsparteien dafür keine Deckungsvorschläge unterbreiten wollten, werde die SPD eigene Vorschläge vorlegen. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Butenandt, brachte den Wunsch zum Ausdruck, in dem neuen Abkommen über die Finanzierung der Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu einer beweglicheren Form des Zusammenwirkens von Bund und Ländern zu kommen. Die SPD will diese Vorschläge unterstützen. Übereinstimmung bestand in dem Willen, die Arbeitsmöglichkeit der Forscher an wissenschaftlichen Instituten rasch zu verbessern, um einer Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland zu begegnen.

Der SPD-Vorsitzende Willi Brandt erneuerte in einem Schreiben an die Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer, Dr. Franz Josef Strauß und Dr. Erich Mende seinen Vorschlag vom September 1964, ein gemeinsames Gespräch über Bildungspolitik zu führen. Die Parteien sollten sich auf einen Katalog von Sofortmaßnahmen einigen, um schwerwiegenden Engpässen in der Entwicklung von Bildung, Ausbildung und Wissenschaft zu begegnen und Schaden für die Zukunft rechtzeitig zu verhüten. Brandt wies darauf hin, daß der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich gemacht habe, daß die zur Eindämmung inflationärer Tendenzen geforderte Zurückhaltung bei der weiteren Ausdehnung öffentlicher Ausgaben auf keinen Fall zu Lasten der Investitionen in Bildung, Ausbildung und Forschung gehen dürfe. Bisher haben die anderen Parteien auf diesen Vorschlag noch keine Antwort erteilt.

Für ein einheitliches Ausbildungsförderungsgesetz sprachen sich der VDS und die Gewerkschaftsjugend im DGB in einer gemeinsamen Besprechung aus; der Beschluß der FDP zur Schaffung eines solchen Gesetzes wurde einhellig begrüßt, von der SPD die nochmalige Einbringung ihres diesbezüglichen Entwurfes aus der letzten Legislaturperiode verlangt und die CDU/CSU aufgefordert, sich derartigen Bestrebungen im eigenen Lager anzuschließen.

2,4 Milliarden für die Wissenschaft

Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 1966 — 1,26 Milliarden für das Forschungsministerium

HD — Die Bundesregierung hat ihren Entwurf für den Bundeshaushalt 1966 vorgelegt. In ihm sind 2 444 435 300,— DM für Zwecke der Wissenschaft enthalten. Außerdem werden rund 4,3 Mio. DM aus dem ERP-Wirtschaftsplan bereitgestellt. Der Etatansatz 1965 betrug 2 189 880 000,— DM und 2 810 000,— DM an ERP-Mitteln. Der Haushalt des Bundesforschungsministeriums umfaßt ohne die Verwaltungskosten 1 260 260 700,— DM. Der Gesamtetat einschließlich der Verwaltungskosten beträgt 1 279 958 000,— DM. Der Haushalt ist gegenüber dem Vorjahr um 281,1 Mio. DM angestiegen. Ein noch stärkerer Anstieg ist gegenüber den Ist-Ausgaben zu verzeichnen, da sie im vergangenen Jahr unter den Ansätzen lagen.

Haushalt Wissenschaftsministerium	Ansätze (in 1000,— DM) 1965	1966
Zusätzliche Förderung dringender Bedürfnisse der Wissenschaft (Ausbau der bestehenden Hochschulen)	300 000,0	350 000,0
Förderung von Hochschulneugründungen	—	22 000,0
Zuschuß an die Deutsche Forschungsgemeinschaft	58 000,0	67 500,0
Zuschuß an die Max-Planck-Gesellschaft	72 000,0	84 500,0
Zuschuß an das Institut für Dokumentationswesen in Frankfurt/Main	1 400,0	1 620,0
Zuschuß an die Deutsche Gesellschaft für Dokumentation e. V. in Frankfurt/Main	—	125,0
Zuschuß an die Gesellschaft Deutscher Chemiker e. V. in Frankfurt/Main für das Chemische Zentralblatt	—	275,0
Zuschuß an die Westdeutsche Rektorenkonferenz	123,8	201,5
Zuschuß zum Betrieb des Deutschen Rechenzentrums in Darmstadt	571,0	571,0
Zuschuß an die Studiengruppe für Systemforschung in Heidelberg	—	650,0
Förderung von Einzelvorhaben der wissenschaftlichen Forschung sowie Austausch von Wissenschaftlern mit dem Ausland	2 475,5	2 430,0
Zuschüsse an die Akademien der Wissenschaften in Göttingen, Mainz, München und Heidelberg	1 547,0	1 667,3
Zuschuß an die Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften	217,0	235,7
Zuschuß an die Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte	115,0	130,0
Zuschuß an die Stiftung Bibliothek für Zeitgeschichte — Weltkriegsbücherei —	69,0	76,0
Zuschuß an den Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte, Heidelberg	110,0	110,0
Zuschuß an den Verein zur Erhaltung des Kunsthistorischen Instituts Florenz, München	498,0	580,0
Zuschuß an die Deutsche Morgenländische Gesellschaft (für das Orient-Institut in Beirut), Mainz	300,0	335,0
Zuschuß an die Fondation Hardt, Genf	36,0	36,0
Zuschuß an die A. u. R. Dohrn-Stiftung (einschließlich Kosten der wissenschaftlichapparativen Neueinrichtung der Zoologischen Station), Neapel	450,0	462,5
Zuschuß an das Frobenius-Institut e. V., Frankfurt/Main	60,0	70,0
Zuschuß an das Forschungsinstitut für deutsche Sprache (Deutscher Sprachatlas), Marburg	100,0	100,0
Zuschuß für das Seminar für Orientalische Sprachen bei der Universität Bonn	135,3	135,3
Zuschuß an die Gesellschaft für mathematische Forschung e. V. (für das mathematische Forschungsinstitut), Oberwolfach-Walke	100,0	140,0
Zur wirtschaftlichen Sicherung früher außerhalb der BRD tätig gewesener deutscher Wissenschaftler in Sonderfällen	50,0	80,0
Förderung von gesamtdeutschen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen	8 200,0	8 000,0
Förderung der Rückkehr deutscher Wissenschaftler und wissenschaftlicher Nachwuchskräfte aus dem Ausland	—	150,0
Beitrag an die Europäische Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre (ESO)	2 661,5	3 058,4
Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung im Bereich der Kernforschung	2 100,0	1 500,0

(noch Haushalt Wissenschaftsministerium)	Ansätze (in 1000,— DM) 1965	1966
Förderung der Grundlagenforschung im Bereich der Kernforschung	11 000,0	12 500,0
Zuschüsse für das wissenschaftliche Berichtswesen und den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Atomkernenergie	1 700,0	1 760,0
Förderung der Entwicklung der Atomtechnik	12 000,0	13 000,0
Förderung der Aufsuchung und des Abbaues von Uranvorkommen und der Aufbereitung von Uranerzen	1 200,0	1 700,0
Förderung der Reaktorsicherheit und der allgemeinen Sicherheitstechnik auf dem Gebiet der Kernenergieforschung und -nutzung	1 660,0	2 000,0
Förderung der Strahlennutzung und der Entwicklung der Isotopentechnik, der Kern-, Radio- und Strahlenchemie	9 800,0	8 000,0
Entwicklung und Durchführung von Strahlenschutzmaßnahmen sowie Entwicklung von Strahlenmeßverfahren und -geräten	4 000,0	4 200,0
Zuschuß zum Betrieb der Gesellschaft für Kernforschung m.b.H. in Karlsruhe und für die Errichtung und Ausstattung von Instituten und sonstigen Anlagen	96 500,0	93 495,0
Zuschuß zum Betrieb und Errichtung des Mehrzweckforschungsreaktors in Karlsruhe	17 094,0	14 151,0
Zuschuß an die Studiengruppe für Systemforschung in Heidelberg	440,0	—
Anteil an den Betriebskosten des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY) und Zuschuß für die Errichtung und Ausstattung der Forschungsanlage	23 621,6	29 289,0
Zuschuß an das Institut für Plasmaphysik G.m.b.H. zum Betrieb und zur Errichtung der Fusionsforschunganlage	25 309,5	13 427,8
Zuschuß an die Gesellschaft für Kerenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt m.b.H. für Betriebs- und Investitionskosten	15 265,2	11 449,0
Anteil an den fortlaufenden Ausgaben des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung	3 045,9	3 525,2
Zuschuß zum Betrieb der Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik mbH. in Jülich und Finanzierung der Investitionen	4 264,1	4 216,4
Zuschuß zum Betrieb der Gesellschaft für Strahlenforschung m.b.H. in München und Finanzierung der Investitionen	10 600,0	16 500,0
Beitrag des Bundes zur Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) in Genf	27 808,1	36 945,7
Beteiligung an dem Institut für Plasmaphysik GmbH in Garching bei München	—	11,0
Zuwendungen für besonders wichtige Investitionen bei wissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen im Bereich der Kernforschung	32 000,0	33 400,0
Zuwendungen für die Unterbringung und erstmalige Ausstattung der Zentralstelle für Atomkernenergie-Dokumentation in Frankfurt/Main	—	—
Ankauf von Ausgangsstoffen, Kernbrennstoffen, Bau- und Hilfsstoffen für Reaktoren aus der Produktion im Bundesgebiet	1 500,0	1 400,0
Erstattung von Leistungen der Gesellschaft für Kernforschung m.b.H. für das Europäische Institut für Transurane in Karlsruhe	8 186,3	—
Zuschüsse zum Bau und zur Erstausstattung der Kernforschungsanlage Jülich des Landes Nordrhein-Westfalen	2 520,0	2 000,0
Förderung der Projektierung und Errichtung von Versuchsreaktoren	62 000,0	120 000,0
Förderung der Errichtung von Demonstrationskernkraftwerken	12 000,0	35 000,0
Förderung der Errichtung eines Höchstfluß-Forschungsreaktors	—	6 000,0
Förderung von Versuchsanlagen für die Atom- und Isotopentechnik und Strahlentechnologie	75,0	262,6
Projektierung und Errichtung von Anlagen zur zur Wiederaufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe	1 600,0	11 000,0
Förderung der Weiterbildung im Bereich der Weltraumforschung	500,0	600,0

(noch Haushalt Wissenschaftsministerium)	Ansätze (in 1000,— DM) 1965	1966
Zuschuß zur Unterhaltung der Gesellschaft für Weltraumforschung m.b.H. in Bad Godesberg	4 300,0	4 700,0
Beitrag zur Grundfinanzierung der Deutschen Gesellschaft für Flugwissenschaften e. V. (DGF)	11 000,0	15 000,0
Beitrag zur Grundfinanzierung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e. V. (WGLR) in Köln	—	45,0
Förderung der Weltraumkunde	18 000,0	20 500,0
Förderung der Raumflugforschung und Raumflugtechnik	19 000,0	26 000,0
Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für ein weltweites Satelliten-Fernmeldesystem auf Grund internationaler Zusammenarbeit	5 000,0	7 000,0
Beitrag bzw. Leistungen an die Europäische Weltraumforschungs-Organisation (ESRO) in Paris	17 420,0	32 901,0
Beitrag an die Europäische Organisation für Entwicklung und Bau von Raumfahrzeugträgern (ELDO) in Paris	50 000,0	107 000,0
Förderung der Entwicklung und Errichtung von Versuchs- und Bodenanlagen	13 000,0	15 500,0
Entwicklung und Bau eines deutschen Forschungssatelliten	4 000,0	8 500,0
Deutsches Historisches Institut in Paris (Kapitelsumme)	399,6	542,5
Insgesamt	979 128,4	1 260 260,7

Im Haushalt des Bundesinnenministeriums

Förderung der sportmedizinischen Forschung und der sportwissenschaftlichen Arbeit usw.	250,0	250,0
Förderung filmwissenschaftlicher und ähnlicher Bestrebungen und Einrichtungen	95,0	150,0
Zuschüsse zur Förderung insbesondere verfassungsrechtlicher und verwaltungswissenschaftlicher Forschungsvorhaben	—	30,0
Stipendien und Hörergebühren zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiet der Sowjetologie im In- und Ausland	300,0	300,0
Zuschüsse auf dem Gebiet der Raumordnung	—	398,7
Ostforschungsinstitute	1 059,9	1 153,5
Zuschuß an die Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte, München	368,5	397,0
Zuschuß an die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn	235,0	250,0
Zuschuß an die Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik e. V., München	180,0	185,0
Zuschuß an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer	185,0	185,0

(noch Haushalt Bundesinnenministerium)	Ansätze (in 1000,— DM) 1965	1966
Studentenförderung	57 665,0	69 265,0
Zuschüsse für das Freie Deutsche Hochstift, das Deutsche Literaturarchiv	251,5	357,0
Beitrag des Bundes an die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz	6 400,0	7 600,0
Beitrag an die Deutsche Bibliothek in Frankfurt (Main)	1 527,5	1 786,0
Beitrag an das internationale Institut für Verwaltungswissenschaften	34,8	34,8
Beitrag an die Europäische Organisation für photogrammetrische experimentelle Untersuchungen in Delft	3,0	3,0
Bundesarchiv Koblenz (Kapitelsumme)	3 506,6	4 104,5
Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung (Kapitelsumme)	2 255,6	2 600,0
Institut für Angewandte Geodäsie (Kapitelsumme)	4 927,9	5 770,9
Durchführung von Forschungs-, Entwicklungs- und Prüfungsaufträgen auf dem Gebiet des Zivilschutzes	2 850,0	2 850,0
Deutsches Archäologisches Institut in Berlin (Kapitelsumme)	7 520,6	8 388,4
Deutsches Historisches Institut in Rom (Kapitelsumme)	932,6	1 041,9
Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus in Köln (Kapitelsumme)	1 769,6	2 557,4
Erziehungsbeihilfen an Studenten nach dem Bundesversorgungsgesetz	32 000,0	40 000,0
Insgesamt	124 318,1	149 658,2

Wissenschaftsmittel in anderen Ministerien

Haushalt des Auswärtigen Amtes	3 909,2	4 540,5
Justizministerium	215,0	217,0
Finanzministerium	5,0	5,0
Wirtschaftsministerium	77 075,9	83 082,0
Landwirtschaftsministerium	68 000,7	77 004,5
Arbeitsministerium	812,0	961,0
Verkehrsministerium	46 491,3	48 774,7
Verteidigungsministerium	691 300,0	601 528,3
Gesundheitsministerium	21 934,8	30 730,6
Entwicklungshilfeministerium	2 460,0	3 037,9
Schatzministerium	14 400,0	—
Wohnungsbauministerium	2 437,0	2 599,9
Vertriebenenministerium	594,3	580,0
Familien- und Jugendministerium	16 900,0	20 000,0
Zivile Verteidigung	3 238,0	5 995,0
Allgemeine Finanzverwaltung	136 660,3	155 460,0
ERP-Wirtschaftsplan	2 810,0	4 310,0

Wissenschaftsrat erwägt Reform des Medizinstudiums

Drei Ausbildungswege in der Diskussion — Umwälzende Vorschläge

HD — Der Wissenschaftsrat erwägt, innerhalb seines Gutachtens über die Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen auch Empfehlungen zur Neuordnung des Medizinstudiums zu geben. Die bisherigen Diskussionen innerhalb des Wissenschaftsrates lassen darauf schließen, daß an eine umwälzende Neuordnung des Medizinstudiums gedacht ist. Soweit bisher zu erkennen ist, geht der Wissenschaftsrat davon aus, daß die Medizinischen Fakultäten ihre beiden Aufgaben gegenwärtig nicht mehr ausreichend erfüllen können: einmal Ärzte auszubilden und zum anderen wissenschaftlichen Nachwuchs heranzubilden. Nach dem bisherigen Stand der Diskussion sollen drei Studiengänge eingeführt werden:

1. ein Studiengang in der Medizinischen Fakultät für die Ausbildung des Arztes,

2. ein Studiengang in der Medizinischen Fakultät zur Ausbildung des Nachwuchses,

3. ein Studiengang in der Naturwissenschaftlichen Fakultät für die Ausbildung des Nachwuchses in der Forschung.

Über diese Studiengänge hinaus will der Wissenschaftsrat — immer nach dem gegenwärtigen Stand der Erörterungen — die Ausbildungszeit für die große Zahl der Medizinstudenten von siebeneinhalb oder acht Jahren mit Staatsexamen auf sechs Jahre herabsetzen. Die Ausbildung soll so organisiert werden, daß sie trotz der kürzeren Zeit effektiver wird.

Der erste Studiengang

Der erste Studiengang ist durch das Ziel bestimmt, für den ärztlichen Nachwuchs eine angemessene Ausbildung zu geben. Dabei sollen die für den Arztberuf erforderlichen allgemeinen naturwissenschaftlichen und medizinischen sowie psychologischen und soziologischen Kenntnisse vermittelt werden; verbunden werden soll damit auch eine Einübung in die diagnostischen und therapeutischen Methoden am Krankenbett. Dieser Studiengang soll auch zur selbständigen und kritischen Verwertung dieser Kenntnisse erziehen und die Fähigkeiten zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit verleihen. Dieses Ausbildungsziel soll natürlich nicht ausschließen, daß auch künftig ein großer Teil der Forschungsarbeiten in Kliniken von den Absolventen des allgemein medizinischen Studienganges geleistet wird. Der Wissenschaftsrat möchte aber dafür die Voraussetzungen verschärfen. Eine zusätzliche und zum selbständigen Teilhaben an der Forschung führende Ausbildung wird nach dem Staatsexamen für notwendig gehalten.

Gegenwärtig beträgt die Dauer des Medizinstudiums fünfeinhalb Jahre, die Medizinalassistentenzeit zwei Jahre. Bis zur Erlangung der ärztlichen Approbation vergehen daher vom Studienbeginn (einschließlich der Staatsexamenzeit) etwa acht Jahre. Der Wissenschaftsrat möchte die Medizinalassistentenzeit wegfallen lassen und durch ein „Internatsjahr" ersetzen, das jedoch Bestandteil eines verlängerten klinischen Studiums werden soll. Die Dauer des vorklinischen Studiums soll unverändert bleiben und das Physikum nach dem dritten Jahr abgelegt werden. An das vorklinische Studium schließt sich eine erste klinische Stufe an, die eineinhalb Jahre dauert. Mit dem Übergang zu einer zweiten klinischen Stufe ist der erste Teil eines Staatsexamens verbunden. Die zweite klinische Stufe, die zwei Jahre dauert, wird in der Mitte durch das zweite Staatsexamen unterbrochen. Nach dem zweiten Staatsexamen soll dann ein Internatsjahr angeschlossen werden, das mit dem letzten Teil des Staatsexamens schließt. Die Approbation als Arzt soll nach Absolvierung des dritten Teils des Staatsexamens erteilt werden.

Die Unterscheidung „Doktor" und „Dr. med."

Der Wissenschaftsrat möchte dem „Dr. med." wieder erhöhtes Ansehen verleihen und ihn anderen Doktortiteln gleichstellen. Mit Erteilung der Approbation soll daher der Arzt ohne Dissertation und ohne zusätzliche Prüfung das Recht erhalten, die Berufsbezeichnung „Doktor" zu führen. Diese Bezeichnung unterscheidet sich jedoch von dem durch Promotion erworbenen Doktorgrad (Dr. med.). Mit dieser Regelung soll einerseits der Tradition entsprochen werden, daß der approbierte Arzt die Bezeichnung Doktor erhält, andererseits aber auch verhindert werden, daß die Anforderungen an den „Dr. med." erheblich sinken. Der Titel „Dr. med." soll daher künftig nur Ärzten verliehen werden, die nach dem Staatsexamen durch eine Dissertation von ausreichend hohem Niveau die Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen und ein zuständiges Examen abgelegt haben.

Der zweite Ausbildungsgang

Der zweite Ausbildungsgang ist ein Parallelstudium zu dem ersten Ausbildungsgang. Vorklinisches Studium und erste klinische Stufe unterscheiden beide nicht. Nach dem ersten Staatsexamen sind jedoch zwei Jahre Ausbildung in der theoretischen Medizin verschiedenster Fachrichtungen vorgesehen. Am Schlusse dieses Studiums soll die Promotion zum „Dr. biol. med." stehen.

Der Studiengang in der Naturwissenschaftlichen Fakultät soll der medizinischen Forschung neue Kräfte zuführen. Hier ist ein Studium der Naturwissenschaften und der theoretischen Medizin bis zum Diplom vorgesehen. Das Diplom soll für Biochemiker oder Physiologen erteilt werden. An das vorwiegend naturwissenschaftlich und theoretisch medizinisch ausgerichtete Studium mit einer Dauer von viereinhalb Jahren sollen sich weitere zwei Jahre anschließen, die dem Studium der theoretischen Medizin gewidmet sind. Der Studiengang soll etwa nach den Studiengängen für Biologie, Chemie oder Physik geplant werden. Hier soll dann als Abschluß nach dem Diplom eine Promotion zum Dr. rer. nat. erfolgen.

Der dritte Studiengang

Dieser dritte Studiengang hat das Ziel, junge Forscher heranzubilden, die medizinische Interessen haben, aber auch zugleich mit dem Rüstzeug moderner Naturwissenschaften ausgestattet sind. Auf eine allzu breite medizinische Ausbildung soll im Interesse eines intensiven naturwissenschaftlichen Studiums verzichtet werden. Der enge Kontakt mit spezifisch medizinischen Problemen soll der späteren Zusammenarbeit mit medizinisch ausgebildeten Wissenschaftlern überlassen bleiben. Dieser Studiengang ist im wesentlichen dadurch bestimmt, daß man für die Medizin auch die Vorzüge einer interdisziplinären Forschung nutzbar machen möchte.

Diese Vorschläge sind im Wissenschaftsrat noch im Stadium der Beratung. Noch ist nicht zu übersehen, ob der Wissenschaftsrat als Ganzes sich hinter alle Einzelheiten stellen wird. Es ist damit zu rechnen, daß von Seiten der ärztlichen Berufsorganisationen erheblich Vorbehalte gemacht werden. Bisher waren jedoch noch keine Reaktionen zu beobachten.

Neue Bestallungsordnung für Ärzte

Während der Wissenschaftsrat über die Reform des Medizinstudiums berät, bereitet das Bundesgesundheitsministerium eine neue Bestallungsordnung für Ärzte vor, die die Bestallungsordnung aus dem Jahre 1953 ersetzen soll. Dieser Entwurf auf Referentenebene, der den Berufsverbänden zugegangen ist, folgt weitgehend der traditionellen Ordnung des Medizinstudiums. Bei der Festsetzung der Studienzeit ist der traditionelle Begriff des Semester fallengelassen und durch Jahre ersetzt worden. Das Medizinstudium soll mindestens fünf Jahre dauern. Außerdem soll ein Krankenpflegedienst von zwei Monaten und eine Tätigkeit als Famulus von sechs Monaten geleistet werden. Die ärztliche Vorprüfung soll der Studierende bereits am Ende des zweiten Ausbildungsjahres ablegen können.

Diese Regelung erscheint im Bundesgesundheitsministerium im Hinblick auf die erwartete bessere Ausnutzung der Ausbildungszeit und bei der Beschränkung auf das wesentliche vertretbar. Auf eine Verlängerung des klinischen Studiums wurde trotz der Aufnahme neuer Ausbildungs- und Prüfungsfächer verzichtet. Die Fächer wurden aufgenommen, um der Entwicklung der medizinischen Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten Rechnung zu tragen. Bei einer sinnvollen Ausgestaltung des Studiums reichen — nach Auffassung des Ministeriums — drei Ausbildungsjahre für den klinischen Studienabschnitt aus.

Verkürzung der Medizinalassistentenzeit

Die notwendige Vertiefung der praktischen Ausbildung soll durch die Verlängerung der Famulatur, deren Einzelheiten festgelegt werden, erreicht werden. Die Verstärkung einer praktischen Ausbildung während des Studiums läßt es dem Ministerium vertretbar erscheinen, die Medizinalassistentenzeit von zwei Jahren auf achtzehn Monate zu begrenzen.

Im Gegensatz zum bisherigen Recht soll bei allen vorgeschriebenen Prüfungen das Bestehen der Prüfung in jedem Fach Voraussetzung für das Bestehen der gesamten Prüfung sein. Eine Wiederholungsprüfung in den einzelnen Fächern soll bei den Vorprüfungen einmal, bei der ärztlichen Prüfung zweimal möglich sein. Dagegen soll die Gesamtprüfung nicht wiederholt werden können. Die Prüfungsergebnisse sollen durch die Einführung einer schriftlichen Simultanprüfung in allen Fächern objektiviert werden. Eine Gesamtnote wird künftig nicht mehr gebildet. Die Beurteilung erfolgt nur in den einzelnen Fächern.

Nachweis der „erforderlichen allgemeinen Kenntnisse"

Während bisher in einer Reihe von Fächern der ärztlichen Prüfung der Nachweis der „für den praktischen Arzt erforderlichen Kenntnisse" gefordert wurde, hat der Kandidat in der ärztlichen Prüfung nunmehr „die für den Arzt erforderlichen allgemeinen Kenntnisse" nachzuweisen. Mit dieser Formulierung ist keine Änderung des Ausbildungsziels beabsichtigt. Die neue Formulierung trägt der Tatsache Rechnung, daß nach der Bundesärzte-Ordnung Ausübung des ärztlichen Berufes die Ausübung der Heilkunde unter der Berufsbezeichnung „Arzt" oder „Ärztin" ist. Die Prüfungsanforderungen sind darauf abgestellt, daß der nach den Vorschriften der Bestallungsordnung ausgebildete Arzt die Heilkunde umfassend, d. h. ohne Beschränkung auf ein Fachgebiet ausüben darf. Für darüber hinausgehende Anforderungen soll nur noch Raum sein, soweit es sich um die Ausübung der Heilkunde unter Beschränkung auf bestimmte Fachgebiete handelt.

Zu wenig Raum für eine Reform

Bisher läßt sich noch nicht absehen, welche Stellung die ärztlichen Standesorganisationen einnehmen. Auch die Hochschulen haben ihre Meinung zu der neuen Bestallungsordnung noch nicht formuliert. In unterrichteten Kreisen wird jedoch darauf hingewiesen, daß von seiten der Hochschulen teilweise der Referentenentwurf für eine neue Bestallungsordnung zu stark an die traditionellen Vorstellungen gebunden erscheint. Es wird bemängelt, daß zu wenig Raum für eine Reform des Medizinstudiums bleibe. Auch würden Reformen an neuen Medizinischen Akademien wohl schwer zu verwirklichen sein, wenn an dem bisherigen Schema des Medizinstudiums festgehalten werde.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die neue Bestallungsordnung für Ärzte aber werden in der nächsten Zeit erneut eine Diskussion über die Reform des Medizinstudiums auslösen. Der Wissenschaftsrat hofft, daß er seine Gesamtempfehlungen zur Reform des Studiums bereits im Sommer verabschieden und dann der Öffentlichkeit übergeben kann.

Aus der Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

Führt Wissenschaftler-Austausch zur Abwanderung? — IAESTE erwartet 1966 den 100 000. Austauschpraktikanten

Durch die gegenwärtige Diskussion über die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland ist gelegentlich die Frage aufgeworfen worden, wie Sinn, Zweck und Folgen des Austausches von Studenten und jungen Wissenschaftlern zwischen Deutschland und dem Ausland zu beurteilen seien. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), u. a. verantwortlich für die Förderung von Auslandsstudien, wurde pointiert gefragt, ob das für Auslandsstipendien ausgegebene Geld Zinsen trage oder ob nicht — einem Bumerangeffekt gleich — junge deutsche Nachwuchskräfte durch wohlmeinende Stipendienförderung geradezu zu dauerndem Auslandsaufenthalt — also zur Abwanderung — animiert würden.

Derartige Fragen sind verständlich, aber natürlich hat man sich beim DAAD längst Gedanken über diesen Komplex gemacht und — das sei vorweggenommen — eine solche Besorgnis widerlegende Untersuchung angestellt. Man sollte sich in diesem Zusammenhang hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. „Der Austausch von Wissenschaftlern zwischen den Ländern ist", wie Bertold Martin, früherer Vorsitzender des Bundestags-Kulturausschusses, kürzlich formulierte, „notwendig. Die Forscher arbeiten in der ganzen Welt an denselben Problemen. Jeder kann von jedem lernen, und jeder hat davon Nutzen". Was hier für die bereits etablierten Forscher gesagt wurde, gilt mindestens im gleichen Maße für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Drei Fünftel gehen in die USA

Eine recht homogene Nachwuchsgruppe, Ingenieur- und Naturwissenschaftler, die das Hochschulstudium mindestens mit dem Diplom abgeschlossen haben müssen, fördert der DAAD seit nunmehr 7 Jahren. Insgesamt wurden bisher 354 einjährige — vielfach auch verlängerte — Forschungsstipendien an den Kreis dieser Nachwuchswissenschaftler vergeben, die auf diese Weise an Hochschul- und anderen wissenschaftlichen Instituten in den zur Atlantischen Gemeinschaft gehörenden Ländern arbeiten konnten. Es ist bezeichnend, daß sich von 354 Stipendiaten 219 — also mehr als drei Fünftel — für einen Forschungsaufenthalt in den USA entschieden, dem Land also, in welches deutsche Wissenschaftler fast ausschließlich abgewandert sind.

Die Gruppe dieser durchweg hochqualifizierten DAAD-Forschungsstipendiaten wurde, wie siebenjährige Erfahrung gezeigt hat, von den Abwanderungstendenzen praktisch nicht berührt. Von den 219 USA-Stipendiaten entschieden sich nur zwei für einen verlängerten Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, ohne jedoch für immer in Amerika zu bleiben. Das ist umso erstaunlicher, als die OECD in einem kürzlich veröffentlichten Bericht ausdrücklich festgestellt hat, daß vor allem junge europäische Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten abgewandert seien.

Rückkehrmotiv: Vorteile

Eine vor Jahresfrist vorgelegte Untersuchung des DAAD, in der die Ergebnisse einer Befragung von Forschungsstipendiaten veröffentlicht wurden, bringt einigen Aufschluß darüber, warum bei dieser Gruppe 25 bis 35jähriger Nachwuchswissenschaftler so gut wie keine Neigung zur Abwanderung aus Deutschland besteht. Obwohl 47 bzw. 45 Prozent der Befragten günstigere Aufstiegschancen im hochschulinternen bzw. hochschulexternen Forschungsbereich des Auslandes sahen, motivierten 74 (56 Prozent) von 132 Stipendiaten ihren Entschluß zur Rückkehr nach Deutschland damit, daß dies vorteilhaft für sie sei. Nur sechs der Stipendiaten sprachen klar von Nachteilen, während 25 sowohl Vor- als auch Nachteile aufführten. Entscheidend für die positive Austauschbilanz dürfte die Tatsache sein, daß fast alle vom DAAD ins Ausland vermittelten jungen Wissenschaftler bereits vor Stipendienantritt feste Bindungen zu ihrer Hochschule oder ihrem Institut in Deutschland hatten.

Fachlicher Gewinn und Impulse für Hochschulreform

Es ist also festzustellen, daß die Förderung von Forschungsaufenthalten im Ausland — was die Gruppe der DAAD-Stipendiaten betrifft — keinen Bumerangeffekt hat. Selbst für die Vermutung eines mit Zeitzünder wirkenden Bumerangs liegen nach den bisherigen Erfahrungen keinerlei stichhaltige Gründe vor.

Die DAAD-Forschungsstipendiaten stellen auf Grund ihrer Arbeiten im Ausland, durch die sie vielfach neue Methoden und Verfahren kennengelernt haben und mit in Deutschland noch nicht oder wenig gepflegten Forschungsgebieten, vor allem mit zwischen den klassischen Fächern sich entwickelnden Disziplinen, in Berührung kamen, nicht nur einen Gewinn für die fachwissenschaftliche Forschung in unserem Lande dar, sondern auf längere Sicht kann man von ihnen auch entscheidende Impulse für die Neugestaltung unseres Hochschulwesens erwarten. Schon heute stehen Stipendiaten der ersten Jahre in einflußreichen Stellungen an unseren Hochschulen, und ihre Zahl vergrößert sich laufend. Alle diese Stipendiaten brachten aber die ziemlich gleichartige Erfahrung von ihren Auslandsaufenthalten mit, daß institutionelle Merkmale unseres Hochschulsystems und die Organisation unserer Forschung änderungsbedürftig sind.

IAESTE-Jahreskonferenz 1966 in Warschau

Erstmals seit Bestehen der IAESTE (International Association for the Exchange of Students for Technical Experience), die in diesem Jahre den 100 000. Praktikanten austauschen wird, versammelten sich die Delegierten dieser 37 Mitgliedsländer zählenden Austauschorganisation für Hochschulpraktikanten technisch- naturwissenschaftlicher Fächer zu ihrer Jahreskonferenz in einer osteuropäischen Hauptstadt. Vom 15. bis 20. Januar verhandelten 76 IAESTE-Vertreter aus 32 europäischen und überseeischen Ländern in Warschau über die Austauschquoten des Jahres 1966 und über Grundsatzfragen und verwandelten dabei das „Haus der Ingenieure" in eine Börse, an der Praktikantenstellen gehandelt wurden. Über die Ergebnisse der Warschauer Tagung berichtete jetzt in Bad Godesberg der Generalsekretär der Organisation und Leiter der Praktikantenabteilung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes.

Die Bilanz der Warschauer Praktikantenbörse weist 8939 ausgetauschte Stellen aus, womit das Austauschergebnis der vorjährigen Tagung in Haifa/Israel nicht ganz erreicht wurde; damals waren rund 100 Praktikantenplätze mehr ausgetauscht worden. Erfahrungsgemäß erhöht sich das endgültige Angebot an Praktikantenplätzen bis zu den Sommermonaten jedoch noch einmal, so daß auch für 1966 mit einem Gesamtaustausch von fast 10 000 Studenten gerechnet werden kann.

Deutschland und Schweden brachten mit 1584 bzw. 1480 Praktikantenstellen abermals das größte Angebot zur IAESTE-Jahreskonferenz mit, gefolgt von Großbritannien mit 910, den Niederlanden mit 585 und Österreich mit 420 Plätzen.

1120 Auslandsplätze für deutsche Studenten

Die deutsche Delegation handelte in Warschau für Studenten unseres Landes 1120 Praktikantenplätze ein, darunter 203 Plätze in Schweden und 107 Plätze in Ägypten. Weitere 96 deutsche Studenten technisch-naturwissenschaftlicher Fächer können im kommenden Sommer zu 2- bis 3monatigen Ferienpraktika nach Großbritannien vermittelt werden, 93 in die Türkei, 78 in die Niederlande, 57 nach Österreich und 54 nach Finnland. Bemerkenswert ist das stark vergrößerte Angebot polnischer Praktikantenstellen für junge Deutsche, das sich von 21 auf 34 Plätze erhöhte. 25 deutsche Studenten können während der Sommermonate in tschechoslowakischen Industriebetrieben praktizieren. Für Praktika in Übersee stehen nach den vorläufigen Ergebnissen 171 Plätze zur Verfügung, darunter — wie schon erwähnt — 107 für die VAR, 26 für Japan und 22 für die USA.

Die 1120 in Warschau eingehandelten Praktikantenplätze verteilen sich auf eine Vielzahl von Branchen. Für Studenten der Fachrichtung Maschinenbau steht das bei weitem größte Angebot zur Verfügung (321 Plätze). 163 Praktikantenstellen stehen für Elektrotechniker, 158 für Bauingenieure und Architekten und 108 für Chemiker bereit.

Höhere Ausnutzungsquote durch internationales „Clearing"

Große Sorge bereitet den IAESTE-Vertretern die Tatsache, daß im vergangenen Jahr rund 20 Prozent der angebotenen Praktikantenplätze — das waren 2300 Stellen —

wegen fehlender Anmeldungen oder verspäteter Rücktritte von Studenten unausgenutzt blieben. Durch noch engere Zusammenarbeit der Partnerländer will man versuchen, die Ausnutzungsqoute entscheidend zu erhöhen. Das soll auf folgendem Wege erreicht werden: Jedes IAESTE-Nationalkommitee muß bis Mitte April eine Liste der noch offenen Praktikantenplätze zusammenstellen und an alle übrigen Mitgliedsländer verschicken. Jedes Partnerland kann daraufhin Kandidaten nominieren, wobei das jeweils zuerst meldende Land zum Zuge kommt.

Höchststand erreicht?

17 Jahre nach ihrer Gründung scheint die IAESTE einen vorläufigen Endpunkt ihrer Entwicklung erreicht zu haben. Während in der Vergangenheit die Austauschziffern oft sprunghaft anstiegen, ist inzwischen ein Stillstand — allerdings auf dem erreichten hohen Niveau — eingetreten. Das mag mit einer Tendenz zusammenhängen, die in nahezu allen industriell entwickelten Ländern beobachtet wird. Dank wachsenden Wohlstands, der Auslandsreisen auf eigene Kosten möglich macht, melden sich dort weniger Studenten für Praktika jenseits der Grenzen. Ganz anders ist der Trend dagegen in den weniger entwickelten Ländern außerhalb Europas. Von dort her kann, wenn neue Mitgliedsländer hinzukommen, ein abermaliger Aufschwung für den internationalen Hochschulpraktikanten-Austausch kommen. In diesem Jahr wurde Malta als neues Mitglied in die IAESTE aufgenommen, während die Partnerschaft der Amerikanischen Universität in Beirut durch eine Mitgliedschaft des Libanon abgelöst wurde. Über einen zu spät eingegangenen Aufnahmeantrag Perus kann erst auf der nächstjährigen Tagung entschieden werden, die in der Schweiz stattfinden wird.

Sozialwissenschaftliche Arbeit soll effektiver werden

Zentrum für arbeits- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen in Frankfurt/Main gegründet

HD — Ein „Zentrum für arbeits- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen e. V." wurde in Frankfurt/Main gegründet. Dieses neue wissenschaftliche Zentrum soll es ermöglichen, arbeits- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen, deren Ergebnisse für die praktische Anwendung relevant werden, gründlicher vorzubereiten und entsprechend auszuwerten. Viele Erfahrungen haben gezeigt, daß auf diesen Gebieten heute zwar in größerem Umfang empirische Untersuchungen durchgeführt werden, daß dabei jedoch häufig entscheidende Mängel auftreten: Auftragsart und Bedingungen für die Geldvergabe verhindern eine ausreichende Vorbereitung und Planung sowie die Entwicklung jeweils geeigneter Methoden und Formen für die Auswertung der Ergebnisse für die praktische Anwendung. Diese Mängel sind darauf zurückzuführen, daß es bisher kaum gelungen ist, die für die verschiedenen Stufen interessierten und fachkundigen Personen einen Fragenkomplex von der theoretischen Vorbereitung bis zur erfolgreichen Anwendung der Ergebnisse gemeinsam bearbeiten zu lassen. Das kann aber nur dann effektiv sein, wenn drei Stufen in jeweils adäquater Form und miteinander verbunden durchgeführt werden: die theoretische Vorbereitung mit Problemstudien, Planungen und Vorarbeiten, die eigentliche Untersuchung und die Überleitung in die praktische Anwendung.

Gliederung in Fachausschüsse

Das Zentrum will für arbeits- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen bei allen Sachverhalten, die von ihm untersucht werden, konsequent in dieser Weise vorgehen. Das wird vorwiegend in den Fachausschüssen geschehen, in denen Sachverständige aus Wissenschaft, Praxis und Verbänden zusammen die Bearbeitung eines Fragenkomplexes in drei Phasen planen, steuern und ausführen. Bisher wurden vier Fachausschüsse vorgesehen: der Fachausschuß „Anforderung und Eignung", der Fachausschuß „Grundlagen des Handelns in der Verwaltung", der Fachausschuß „die faktorielle Struktur der Merkmale der Arbeitsbewertung" und der Fachausschuß „Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse".

Der Fachausschuß „Anforderung und Eignung" soll das Thema in der ganzen Breite — von der Gesamtheit der Anforderungen an eine Industriegesellschaft bis zu denen am einzelnen Arbeitsplatz, von der Gesamtheit der tatsächlichen und potentiellen Eignung der erwerbsfähigen Bevölkerung bis zur individuellen Eignung — theoretisch neu durchdenken und untersuchen. Die aufgedeckten Sachverhalte werden zur Entwicklung standardisierter Verfahren für die Bestimmung von Anforderung und Eignung in sozialen Systemen und Gruppen und für den Einzelfall verwendet.

Der Fachausschuß „Grundlagen des Handelns in der Verwaltung" soll die Trends in der Verwaltung zum Großraum, zum Einsatz von Verarbeitungsanlagen, elektronischer Daten und zur Herausbildung neuer Spezialisierungen aufklären. Er soll eine Organisationstheorie und eine Organisationslehre zusammenfassen und theoretisch klären.

Der Ausschuß „faktorielle Struktur der Merkmale der Arbeitsbewertung" wird die Ergebnisse einer bereits abgeschlossenen Musteruntersuchung in einem Hüttenwerk über die faktorielle Struktur der Merkmale der Arbeitsplatzverwertung prüfen und Möglichkeiten einer Fortsetzung dieser Arbeit auf breiterer Basis erörtern.

Der Fachausschuß „Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse" wird auf der Grundlage der Informationstheorie die verschiedenen Bezugssysteme von wissenschaftlichem Arbeiten und praktischem Verhalten durchdenken und untersuchen. Auf dieser Grundlage sollen systematische Verfahrensweisen entwickelt werden, um Zielgruppen zu bestimmen und zu analysieren, Informationskanäle zu nutzen oder zu schaffen und den Aussagewert von Informationen zu verbessern.

Aufbau des Vereines

Der Verein erfüllt seine Aufgaben in religiöser, weltanschaulicher und parteipolitischer Unabhängigkeit und unter der Wahrung des Prinzips von Freiheit von Forschung und Lehre. Auflagen von Geldgebern, die den Inhalt von Untersuchungen und Maßnahmen betreffen, sind vor Vertragsabschluß eingehend daraufhin zu prüfen, ob sie in vollem Umfange zu erfüllen sind. Trifft dies zu, so verpflichtet sich der Verein, die vereinbarten Auflagen zu erfüllen. Eine Kontrolle findet lediglich hinsichtlich der vorher zu vereinbarenden wirtschaftlichen Überprüfung der verwendeten Mittel statt. Im übrigen ist der Verein gegenüber Weisungen und Auflagen von Auftraggebern frei. Mitglied kann jede natürliche Person werden, die in der Lage ist, durch Mitarbeit einen persönlichen Beitrag zur Erfüllung des Vereinszwecks zu leisten. Vorsitzender des Vereins wurde Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, Geschäftsführer Manfred Heckenauer.

Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung

In der letzten Bewilligungsausschußsitzung der AIF des Jahres 1965 konnte die Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen e. V. aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft für 68 Forschungsvorhaben der industriellen Gemeinschaftsforschung insgesamt 6,8 Mio DM bewilligen. Die Mittel werden dem Forschungstitel des Bundeswirtschaftsministeriums für das Haushaltsjahr 1966 entnommen, von dem sich die AIF eine nicht unwesentliche Erhöhung durch den Bundestag verspricht.

Für das Jahr 1966 ist die Zahlung für die meist über 3 Jahre laufenden Forschungsvorhaben von DM 3,7 Mio vorgesehen, während der Rest sich über die folgenden Jahre verteilen wird. Die bewilligten Mittel sind als Mittelstandsförderung der Bundesregierung gedacht, die der Klein- und Mittelindustrie zugute kommen sollen.

Gefördert wurden Forschungsvorhaben auf den Gebieten: Elektrowärme, Eisenhüttentechnik, Nichteisen-Metalle, Blechverarbeitung, Schweißtechnik, Stahlverformung, Giessereitechnik, Pigmente und Lacke, Verfahrens-Technik, Binnenschiffbau, Verbrennungskraftmaschinen, Werkzeugmaschinen, Leder, Glas und Keramik, Kunststoffe, Graphisches Gewerbe, Ernährungstechnologie, Verpakkung u. a.

Aus der Stiftung Volkswagenwerk

Deutsche Tropenmedizin in Liberia

Die Stiftung Volkswagenwerk hat zur Förderung der deutschen Tropenmedizin Mittel in Höhe von 1 127 000 DM für den Bau einer Außenstelle des Bernhard-Nocht-Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten bereitgestellt. Diese Außenstelle soll in Liberia/Westafrika gebaut werden.

Das Bernhard-Nocht-Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg (Professor Dr. H. Vogel) ist seit seiner Gründung im Jahre 1900 das deutsche Zentrum für die Tropenmedizin und für die Ausbildung deutscher und ausländischer Ärzte. In der Zeit nach dem Kriege konnte das Institut seinen internationalen Aufgaben nur gerecht werden, indem Institutsmitglieder ihre Forschungen als Gäste ausländischer Institute betrieben. Darüber hinaus stellten sie sich für gemeinsame Aufgaben der Weltgesundheitsorganisation zur Verfügung oder beteiligten sich als Experten in den einzelnen internationalen Gremien.

Trotz einer hervorragenden Ausstattung des Hamburger Instituts können tropenmedizinische Probleme nicht allein im Laboratorium gelöst werden. Zeitlich begrenzte Einzelunternehmen sind kein Ersatz für eine planmäßige wissenschaftliche Arbeit in den warmen Ländern. Erst das Einbeziehen der tropischen Umweltbedingungen und der biologischen Zusammenhänge erlaubt die Lösung wissenschaftlicher Fragen. So ist die Schaffung einer eigenen Basis in den Tropen eine unerläßliche Voraussetzung für die Forschung und für die dringend notwendige Ausbildung deutscher Ärzte. Jetzt kann in Liberia für die deutsche Tropenmedizin eine Außenstelle errichtet werden, wie sie anderen Ländern schon lange zur Verfügung steht.

Der Ort für diese Außenstelle ist im Inneren Liberias vorgesehen. Es gibt dort ein Hospital unter deutscher Leitung, an das die Außenstelle des Hamburger Tropeninstituts angelehnt werden soll. Die Lage der Außenstelle in dieser Umgebung ist tropenmedizinisch außerordentlich interessant. Das Forschungsinstitut liegt im Einzugsbereich der für Liberia wichtigsten Tropenkrankheiten wie Malaria, Schlafkrankheit, Bilharziose u. a. Die Bearbeitung vieler tropenmedizinischer Probleme, vor allem die Entstehung und Ausbreitung der Tropenkrankheiten, ist damit für das Hamburger Tropeninstitut in unmittelbare Nähe gerückt.

5,9 Mio. DM für die Bibliotheca Hertziana

Die Bibliotheca Hertziana in Rom ist eine der traditionsreichsten Forschungsstätten der deutschen Kunstgeschichte. Sitz des 1912 durch Henriette Hertz und Ernst Steinmann ins Leben gerufenen Instituts, das heute der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften angehört, ist der Palazzo Zuccari an der Piazza Trinità dei Monti. Er wurde Ende des 16. Jahrhunderts erbaut und gilt heute als eines der größten und besterhaltenen Künstlerwohnhäuser der Renaissance, bedeutsam durch seine Architektur wie auch durch den Zyklus allegorisch-lehrhafter Deckenfresken, mit denen Federico Zuccari, einer der Begründer der römischen Lukas-Akademie, die Säle des Untergeschosses geschmückt hat. Als Wohnstätte Winckelmanns, Reiffensteins, Fernows, J. C. Reinhards und des preußischen Gesandten J. S. Bartholdi, des bekannten Mäzens der Nazarener, hat der Palazzo Zuccari im deutsch-römischen Kunst- und Geistesleben des 18. und 19. Jahrhunderts eine besondere Rolle gespielt. An diese Überlieferung anknüpfend, entwickelte sich die Bibliotheca Hertziana im Laufe der Jahre zu einem Zentrum internationaler Gelehrtenarbeit, dessen stetig wachsender Raumbedarf schließlich die Maße des alten Palastes zu sprengen drohte. Ein Umzug an die Peripherie der Stadt wäre in der Zukunft wohl unumgänglich geworden.

Diese Gefahr hat die Stiftung Volkswagenwerk durch Zuwendungen von insgesamt 5,9 Millionen DM gebannt und gleichzeitig eine umfassende, den Bedürfnissen eines modernen Forschungsinstituts angepaßte Neueinrichtung des Gebäudes ermöglicht. Die 1962 eingeleiteten Maßnahmen erstreckten sich zunächst auf die statische Sicherung und den Ausbau bislang nicht benutzbarer Teile des Palazzo Zuccari. Im Dezember 1963 ergab sich die glückliche und einmalige Gelegenheit, den an den Palazzo Zuccari angrenzenden Palazzo Stroganow zu kaufen, ein repräsentativer und für die Bibliothekserweiterung ohne großen Umbau gut geeigneter Bau des 19. Jahrhunderts. Durch teilweisen Abriß und Neuaufbau eines dazwischenliegenden Gebäudeflügels, dessen unter Denkmalschutz stehende alte Außenfronten erhalten bleiben, können beide Paläste zu einem einheitlichen Gebäudekomplex verbunden werden.

Dadurch gewinnt die Bibliothek des Institutes, die zur Zeit ca. 70 000 Bände umfaßt, neuen Atemraum und wird auch bei dem für die Zukunft erwarteten starken Anwachsen ihrer Bestände den ihr eigenen Charakter einer systematisch geordneten Praesenzbibliothek bewahren können; Institutsmitgliedern und -gästen werden neue, zweckmäßig eingerichtete Lese- und Arbeitsräume zur Verfügung stehen. Die in den letzten Jahren zu hervorragender Bedeutung aufgestiegene Fotothek (gegenwärtig etwa 110 000 Fotos) kann zum ersten Mal zweckentsprechend aufgestellt und systematisch gegliedert werden. Ein neu ausgebauter Vortragssaal mit anschließenden Empfangsräumen verleiht den Veranstaltungen, mit denen die Bibliotheca Hertziana am wissenschaftlichen Austausch der römischen Institute und Akademien teilnimmt, einen repräsentativen Rahmen. Schließlich wird der historische Charakter der alten Räume des Zuccari-Palastes, der unter den bisherigen beengten Verhältnissen stark beeinträchtigt war, wieder unverfälscht in Erscheinung treten können.

Ein großer Teil der neuen Räumlichkeiten ist bereits fertiggestellt und vom Institut in Benutzung genommen worden; mit der Vollendung des Neubauflügels kann im Laufe des Jahres 1967 gerechnet werden.

Damit ist für die Bibliotheca Hertziana ein Verbleiben in der alten, traditionsreichen Umgebung — in einer besonders schönen und günstigen Lage, nahe der Spanischen Treppe mit dem Blick über Alt-Rom — auch für künftige Jahre gesichert.

Dr. Artur Stein

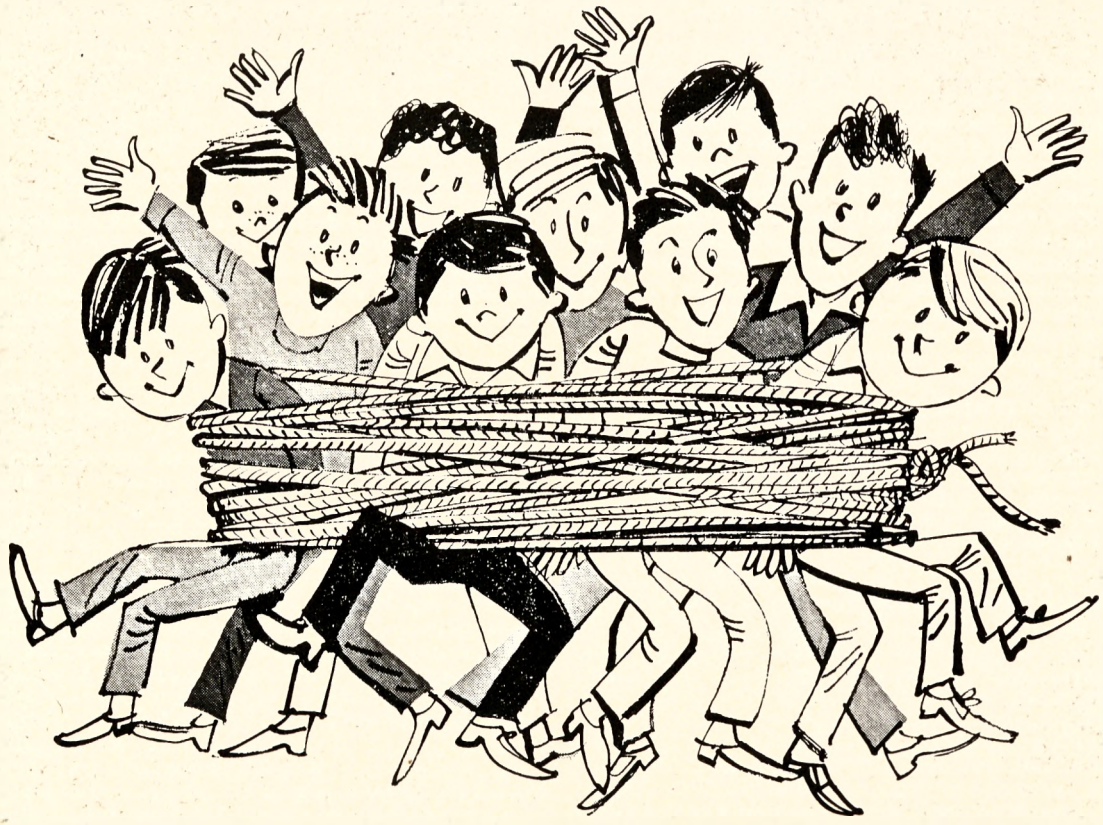
Deutsch-jugoslawisches Rektorengespräch

Zu einem ersten Kontaktgespräch empfing der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz am 21. und 22. Januar 1966 in Bad Godesberg eine Delegation der Jugoslawischen Rektorenkonferenz. Von deutscher Seite nahm der Präsident der WRK, Prof. Dr. Sieverts, an der Konferenz teil. Die jugoslawische Delegation wurde von dem Präsidenten der jugoslawischen Rektorenkonferenz, Prof. Tisma, Rektor der Universität Nowisad, geleitet. Ihr gehörten die Professoren Struna, Rektor der Universität Ljubljana, und der Prorektor der Universität Zagreb, Prof. Serda, an.

Im Verlauf der zweitägigen Beratungen wurden auch Sachverständige des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung zugezogen. So wurden Fragen eines Austausches von Hochschullehrern, von jüngeren Wissenschaftlern, von Stipendiaten, von Praktikanten und von studentischen Reisegruppen erörtert. Auf diese Weise soll eine Festigung der Beziehungen zwischen der Wissenschaft und den Universitäten beider Länder erreicht werden. Auch ein Austausch von wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Publikationen wird diesem Ziel nach Auffassung beider Seiten dienlich sein.

Beide Seiten bekundeten das Interesse an der Vorbereitung einer jugoslawisch-deutschen Rektorenkonferenz, um das Geflecht bilateraler Hochschulbeziehungen in Europa sinnvoll zu ergänzen. Zu dem bereits über Jahre hinaus angesetzten Sommerseminar in Dubrovnik „Die Universität heute", wird 1966 eine größere Gruppe von Rektoren, Hochschullehrern und Studenten deutscher Universitäten und Hochschulen eingeladen werden. Prof. Rammelmeyer (Frankfurt) referierte über „Die Struktur und die Arbeitsweise der akademischen Verwaltung". Die jugoslawischen Gäste, besuchten auch die Universitäten in Göttingen, Frankfurt, Freiburg und München.

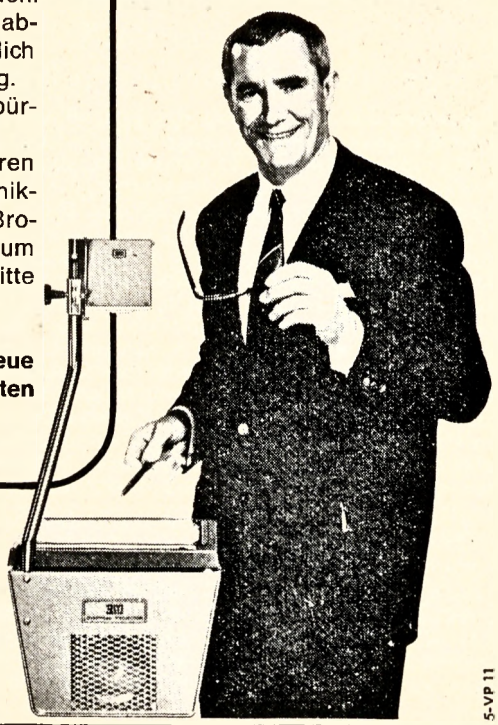
Die Jahresveranstaltung der Deutschen Forschungsgemeinschaft findet vom 14. bis 16. Juli 1966 in Mainz statt.



Wie fesseln Sie die Aufmerksamkeit Ihrer Schüler?

Mit Gewalt bestimmt nicht. Pädagogisch und psychologisch weitaus wirksamer ist die 3M Tageslicht-Projektion. Sie stehen vor Ihren Schülern und behalten sie immer im Auge, während Sie den speziell für Schulen entwickelten 3M Projektor Modell 66 bedienen – bei Tageslicht. Sie unterrichten nach Ihrer eigenen individuellen Methode und sind nicht an bestimmte Schautafeln, Karten oder Dias gebunden. Und Sie können einprägsamer erklären sowie abstrakte Vorgänge anschaulich und leicht verständlich darstellen. In 16-100facher flächiger Vergrößerung.
Mit der 3M Tageslicht-Projektion verbessern Sie spürbar die Leistungen Ihrer Schüler.
Wollen Sie mehr darüber wissen? Wir informieren Sie gern ausführlich und schikken Ihnen die kostenlose Broschüre „Ein neuer Weg zum erfolgreichen Unterricht". Bitte schreiben Sie uns.

3M Tageslicht-Projektion — die neue Unterrichtsmethode mit den meisten Vorzügen



3M COMPANY
Abt. Kopierprodukte,
4 Düsseldorf,
Immermannstraße 40,
Telefon 3668241

5-VP 11

VDS legt Dokumentation „Studienreform 1965" vor

Scharfe Kritik des Studentenverbandes an Rektorenkonferenz und Hochschulen

HD — Eine scharfe Kritik des Verbandes Deutscher Studentenschaften an den Hochschulen und an der Westdeutschen Rektorenkonferenz charakterisiert eine vom VDS vorgelegte Dokumentation unter dem Titel „Studienreform 1965". Besonderer Angriffspunkt für die Studenten ist der Beschluß der Westdeutschen Rektorenkonferenz zur befristeten Immatrikulation. „Die Studenten haben an diesem Beschluß als besonders bedauerlich festgestellt", so heißt es in einem Vorwort zur Dokumentation, „daß er sie selbst für Mißstände haftbar macht, die sie nicht zu verantworten haben, und daß er keine Ansätze für eine objektive Verbesserung der Studienbedingungen bietet." Der Studentenverband bemängelt, daß der WRK-Beschluß schematisierte Regelungen anstrebe, indem er alle Fächer gleich behandele, obwohl noch nicht einmal geklärt sei, ob alle Mindeststudienzeiten tatsächlich ausreichten. Die Ausdehnung der befristeten Immatrikulation, wie sie der WRK-Beschluß vorsah, gibt nach Auffassung des VDS keine befriedigenden Ausweichmöglichkeiten, weil der ihr zugrunde liegende Begriff „ordnungsgemäßes Studium" nicht definiert wurde. Der VDS sieht die Gefahr allzu subjektiver Interpretation.

Der Beschluß zur Befristung der Immatrikulation sei unter massivem öffentlichen Druck entstanden und sollte beweisen, daß die Hochschulen die Reform in die eigenen Hände genommen haben, meint der VDS. Die WRK habe dem politisch-administrativen Ansatzpunkt nichts entgegengesetzt, sondern gerade ihn aufgegriffen und damit dem Rezept des „Herausprüfens" eine wesentlich vereinfachte Neuauflage beschert. Dieser Feststellung versuchten die Hochschulen mit dem Hinweis auf die Arbeit der gemeinsamen Reform der Prüfungs- und Studienordnungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu begegnen. Diese Kommission und ihre Fachausschüsse haben in der Sicht des VDS freilich den Nachteil, daß sie sehr langsam arbeiten und bislang zur Verabschiedung einer Prüfungsordnung bis zu vier Jahren Zeit brauchen. Dieser Zeitaufwand sei kein Beleg für rationelles Arbeiten. Er diene nicht dem gebotenen Fortgang der Studienreform und sei keine Antwort auf die Fragen der Öffentlichkeit. Die Mahnungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz an die gemeinsame Kommission, die Arbeit zu straffen, sei berechtigt.

Der VDS hofft, daß es gelingen werde, die Arbeit der Kommission und ihrer Fachausschüsse, der Fakultätentage und der Fachverbände des VDS zu beschleunigen. Er stellte die Forderung auf, daß Studenten als dritte Partner in die gemeinsame Kommission von WRK und KMK aufgenommen werden. So biete sich die Chance, wie es in der Dokumentation heißt, die Studiengänge im Jahre 1966 wieder vom „Instrumentarium sachfremder Administration" zu befreien. Nach Meinung des VDS soll dann die Studienreform endlich beginnen können. Die außerordentlich scharfe Form dieser Kritik und eine bestimmte Überbewertung eigener Auffassungen haben in Hochschulkreisen ein gewisses Erstaunen hervorgerufen.

Nach Auffassung des Verbandes Deutscher Studentenschaften beginnt die Studienreform erst jetzt. Es dürfe nicht sein, daß in den deutschen wissenschaftlichen Hochschulen erneut starre Institutionen und Regelungen an die Stelle einer grundsätzlichen Offenheit der Formen wissenschaftlicher Bildung und Ausbildung träten. Der VDS räumt in seiner Denkschrift ein, es gäbe gute Anzeichen, nicht zuletzt bei den Arbeiten der WRK und des Wissenschaftsrates. Daher verstärkten sich die Aussichten, daß die Studien- und Hochschulreform zu einem „permanenten Anspruch" werde. Reform bedeute aber keineswegs die ständige Umstürzung bewerter Regelungen, sondern nur die Selbstverständlichkeit permanenter kritischer Überprüfung bestehender Institutionen und Arbeitsreformen. Reform bedeute nichts anderes als die „Übertragung wissenschaftlicher Arbeitsprinzipien auf alle Vorgänge in der Hochschul- und Studienorganisation".

Der VDS sieht, wie aus seiner Dokumentation hervorgeht, sich von der Haltung der Hochschullehrer gegenüber den Bestrebungen der Studentenschaft zur Studienreform etwas enttäuscht. Er meint, daß die Reformempfehlungen von studentischer Seite zwei besondere Vorzüge besitzen: Sie sehen einerseits alle Gestaltungsmaßnahmen aus einem grundsätzlich anders gearteten Erfahrungsbereich, den man nicht einfach ignorieren könne. Andererseits seien studentische Empfehlungen oft von einem betont kritischen Impuls gegenüber starr erscheinenden Erfahrungsgrundsätzen getragen. Das Memorandum meint dazu: „Warum sehen Hochschullehrer diesen kritischen Impuls so häufig nur negativ und als einen Angriff auf ihre Autorität?" Es sollte nach Meinung des VDS die besondere Verantwortung des Studenten in der wissenschaftlichen Hochschule ausmachen, daß er begründete Kritik äußert. Der Verband betont noch einmal, daß die neuen Universitäten nicht nur Entlastungsfunktionen gegenüber den bestehenden Hochschulen besäßen, sondern auch die Hochschul- und Studienreform vorantreiben sollten. Die neuen Hochschulen müßten einen besonderen Beitrag leisten, indem sie von ihrem Beginn an Fragen der Hochschuldidaktik besondere Aufmerksamkeit und Forschung widmeten.

Die Dokumentation versucht, in den einzelnen Teilen einen Überblick über die Diskussion zur Studienzeitbegrenzung und zur Studienreform zu geben. Eine große Zahl von Dokumenten, Diskussionsbeiträgen und Beschlüssen der zuständigen politischen Gremien und der Selbstverwaltungsorganisationen der Hochschule wurden aufgenommen.

Aus der Forschung

Zwischen der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft und der Kernforschungsanlage Jülich ist die Errichtung einer Sammelstelle für Ostliteratur bei der Zentralbibliothek der Kernforschungsanlage vereinbart worden. Die Sammelstelle, die Dr. Günter Reichardt leitet, wird in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Dokumentation und Information von Euratom und der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geschaffenen Technischen Informationsbibliothek Hannover unübersetzte östliche originalsprachige Literatur aus dem Bereich der nuklearen Technik und Wissenschaft beschaffen. Mit der Auswertung der in der Zentralbibliothek bereits vorhandenen Literatur und der Abfassung erster Referenzlisten ist bereits begonnen worden. Sie werden ab Januar 1966 in der von Euratom herausgegebenen Zeitschrift „Transatom Bulletin" zwölfmal im Jahr veröffentlicht. Interessenten können auf Wunsch Fotokopien sowohl der Originaltexte als auch der Übersetzungen zur Verfügung gestellt werden.

*

Aus den bisher noch in Polen verbliebenen Beständen der Preußischen Staatsbibliothek Berlin sind Ende 1965 etwa 127 000 Bände an die Ostberliner Staatsbibliothek zurückgegeben worden. Unter ihnen befinden sich insbesondere Zeitungen und Zeitschriften von 1800—1942.

Zwischen der Technischen Hochschule München und der Europäischen Atomgemeinschaft ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der vorsieht, daß von der Technischen Hochschule der Mechanismus der Neubildung markierter Moleküle bei der Kernspaltung des Urans untersucht werden soll. Das Arbeitsprogramm umfaßt:

1. Grundlegende Untersuchungen über den Mechanismus der Fixierung von bei der Spaltung entstehendem Jod in nichtaktivem Jodbenzol und über die Voraussetzungen für die Entstehung des Jodbenzols und der Isomere des Dijodbenzols.
2. Entwicklung von Verfahren zur Herstellung neuer markierter Moleküle. Die Entstehung von Nebenprodukten soll im Verlauf dieser Forschungsarbeiten ebenfalls untersucht werden. Soweit möglich, wird die TH München die verschiedenen Substanzen in Mengen herstellen, die ihren eigenen Bedarf überschreiten. Auf diese Weise wird auch anderen Stellen die Möglichkeit gegeben, die betreffenden Produkte zu verwenden.

*

Physiker und Astrophysiker der Universität München erhielten von der amerikanischen Weltraumbehörde NASA Spezialaufträge für die Erforschung atmosphärischer Eigenschaften. In München werden auf Grund dieser Ver-

einbarung Daten untersucht und ausgewertet, die von den Tiros-Satelliten stammen. Auch das Max-Planck-Institut für Astrophysik unter Leitung von Nobelpreisträger Professor Werner Heisenberg, das im Bereich der Weltraumforschung wichtige Aufgaben wahrnimmt, wird mitwirken.

*

Vom 10.—13. November 1966 wird der Internationale Leibniz-Kongreß in Hannover zum 250. Todestag des großen Philosophen stattfinden. Leibniz hat in Hannover in den 40 Jahren seiner Tätigkeit nach neuen, seiner Zeit vorauseilenden Ideen eine Universalbibliothek aufgebaut, die heute als Niedersächsische Landesbibliothek sein geistiges Erbe bewahrt.

Der Nachlaß von Leibniz umfaßt über 30 000 Stücke, von denen zu Beginn des 20. Jahrhunderts viele Texte noch unveröffentlicht waren, vor allem Briefe, Konzepte und Manuskriptteile. Die Briefe richteten sich an bedeutende Gelehrte in ganz Europa. 1923 eröffnete die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin, deren Gründung im Jare 1700 Leibnitz zu verdanken ist, ihre große kritische Leibniz-Gesamtausgabe, die in sieben Reihen erscheint. Bisher wurden zehn Bände dieser Edition vorgelegt; sieben weitere Bände sind in Vorbereitung. Diese Arbeiten werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, von der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen u. a. unterstützt.

Zum Gedenkjahr 1966 befindet sich zur Zeit eine umfassende Leibniz-Bibliographie in Bearbeitung, die die Titel aller Veröffentlichungen über Leibniz umfaßt. Die Mittel für dieses Vorhaben hat die Stiftung Volkswagenwerk zur Verfügung gestellt. Die Gedenktagung im nächsten Jahr, zu der Historiker, Philosophen, Juristen und Pädagogen aus vielen Ländern in Hannover erwartet werden, soll Gelegenheit geben, das heutige Bild des Philosophen und seines Werkes nachzuzeichnen.

*

In Weiterführung der Vorarbeiten Prof. van Giffens/Groningen sind in Wilhelmshaven Methoden zur Erforschung der Besiedlungsgeschichte des Nordseeküstenraumes in vor- und frühgeschichtlicher Zeit entwickelt worden, die in der engen Zusammenarbeit von Prähistorikern und Historikern einerseits, Naturwissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen andererseits beruhen. Geologische, bodenkundliche und geobotanische Untersuchungen — um nur diese Beispiele hier zu nennen — haben zu den reichen Ergebnissen der Ausgrabungen auf der Feddersen Wierde, in Hatzum und an vielen anderen Plätzen und zu der zentralen Stellung des Instituts im Nordseeküstenprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft entscheidend beigetragen. Die zahlreichen Besuche ausländischer und deutscher Gelehrter und Studenten, haben die Forschungsarbeiten so stark belastet, daß die Einrichtung einer zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsstelle mit Arbeitsplätzen und Bibliothek dringend erforderlich war.

*

An einer internationalen fotogrammetrischen Tagung in der Technischen Hochschule Karlsruhe nahmen Delegierte aus 31 Ländern teil. Es wurden die neuen Verfahren behandelt, die es ermöglichen, mit großen Kameras aus hochfliegenden Flugzeugen und Satelliten automatisch bestimmte geografische Gegebenheiten der Erde festzustellen. Der Direktor des Instituts für Fotogrammetrie und Topografie, Professor Kurt Schwidefsky, führte aus, daß es schon heute möglich sei, aus großer Höhe verschiedene Baumarten so zu fotografieren, daß Botaniker und Forstfachleute anhand der Aufnahmen auf die biologischen und geologischen Bedingungen der Landschaft zu schließen vermögen. Die stumme reine Bildaufnahme reiche aus, um wichtige geografische und geologische, aber auch botanische Wirklichkeiten der Landschaft zu erkennen. Das bedeutet nach den Vorstellungen der versammelten Forscher und Techniker, daß künftig für die Planung großer Kultivierungsvorhaben in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit gute Karten durch fotogrammetrische Verfahren geliefert werden können.

*

Die Stiftung Volkswagenwerk hat dem Institut für Marschen- und Wurtenforschung in Wilhelmshaven einen Betrag von 600 000,— DM zur Verfügung gestellt, der dem Aufbau eines internationalen Seminars für Küstendynamik dienen soll. Diese großzügige Bewilligung trägt der Bedeutung Rechnung, die dieses Institut insbesondere durch die wissenschaftlichen Arbeiten seines Direktors, Professor Dr. Werner Haarnagel, erworben hat.

„Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik"

Von „verbreiteter Opposition innerhalb der Studentenschaft" kann nicht die Rede sein und auch unter den Studentenvertretern herrscht kaum die Einsicht vor, „daß Interessenvertretungen konsequenterweise identisch sei mit politischem Handeln". Diese wichtigen Ergebnisse der vom Frankfurter Institut für Sozialforschung angestellten Untersuchungen zur Politik der deutschen Studentenvertretungen werden bereits im Vorwort von Prof. Adorno, dem Leiter des Instituts, mitgeteilt. Adornos Vorwort macht auch deutlich, daß diese Ergebnisse die Frankfurter Soziologen sehr enttäuscht hat. Prüft man Adams Untersuchungen genauer, so stellt sich heraus, daß vor allem drei Gründe die dargestellte Misere der deutschen Studentenvertretung hervorrufen:

- die mangelnde „universitäre Demokratie", die auch die traditionelle Hochschulidee, die Erziehung durch Wissenschaft in einer Gemeinschaft gleichberechtigter Lehrer und Lernender, zur Fiktion werden ließ,
- die Vernachlässigung der realen Interessen des Einzelstudenten durch die weitgehend allzu unpolitisch agierende Studentenvertretung selbst (Kritik an der bislang mangelhaften Wahrnehmung des notwendigen „politischen Mandats" jeder studentischen Interessenvertretung) und
- der „restaurative Charakter" der westdeutschen Gesellschaft.

Adorno greift in seinem Vorwort besonders auch den zuletzt genannten Grund auf und sieht in dem Ansatz Adams, „die Situation an der Universität als Moment eines weit umfassenderen gesellschaftlichen Prozesses zu begreifen" den „eigentlich soziologischen, den informatorischen Beitrag übersteigenden Gehalt der Schrift".

Für die deutsche Studentenvertretung bringen die Untersuchungen Adams zahlreiche wertvolle Hinweise auf die entscheidenden Probleme ihrer Arbeit. Nun war es allerdings bisher gewiß nicht so, als fehle es an dem notwendigen Bewußtsein über diese Probleme. Nur war dieses Bewußtsein möglicherweise von geringerem Pessimismus über die Entwicklung der Gesamtgesellschaft getragen als dies in Frankfurt für notwendig gehalten wird. Das mag auch der Grund dafür sein, daß Adams Untersuchungen die politischen Bemühungen etwa den VDS nach Meinung des Rezensenten falsch einschätzt. So reicht das von Adam beigebrachte empirische Material keineswegs aus, um seine Skepsis gegenüber dem Vorhandensein realer sozialer Interessen der einzelnen Studenten zu begründen. Auch seine Behauptung, daß nur die Orientierung an offenkundigen und deshalb „organisationsbedürftigen" Interessen der Studentenvertretung eine wirksame politische Basis verschaffen könnte, kann nicht überzeugen. So richtig die Feststellung ist, daß die Arbeit der Studentenvertretung des gesamtgesellschaftlichen und damit politischen Engagements bedarf, so begründet sie doch nur unzureichend seine Forderung nach dem reinen Interessenverband. Gerade das gesamtgesellschaftliche Engagement der Studentenschaften verpflichtet die studentische Politik auf mehr als nur die Interessen der einzelnen Studenten. Und ein Eintreten für die umfassende Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der vielfach noch unerfüllten Gebote unserer Verfassung bedeutet mehr als interessenbetonte politische Kritik am gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft. Adams sozoiologische Untersuchungen sind unvollständig und auch wohl einseitig. Allerdings wird es notwendig sein, die Kritik an ihnen umfassender einzuordnen und damit zugleich zu versuchen, diese Krtik konstruktiv zu verarbeiten. Adams Analyse der bisherigen Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik ist in ihren meisten Beobachtungen richtig, aber sie ist noch unvollständig und daher in vielen ihrer Folgerungen falsch. Der Rezensent wird daher in einem größeren Rahmen darauf zurückkommen müssen (s. „Die mißverstandenen Interessen" in: DUZ, April 1966). Heinz Theodor Jüchter

HERIBERT ADAM, Studentenschaft und Hochschule
(Frankfurter Beiträge zur Soziologie 17/1965)

Für die Vorlesungskritik des FU-Spiegel, der offiziellen Studentenzeitschrift an der Freien Universität Berlin hat sich der VDS ausgesprochen und gleichzeitig allen anderen Studentenzeitungen diese „von Humboldt postulierte gegenseitige Kritik der Lehrenden und Lernenden in der gewandelten sozialen Realität der Universität" als nachahmenswert anempfohlen.

Die Gründung eines Länder-Kulturausschusses schlug der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Holthoff in Nordrhein-Westfalen vor. Sämtliche Landtage sollen in dieses Gremium je einen Vertreter ihrer Fraktion entsenden. Der Länder-Kulturausschuß soll parallel zur Kultusministerkonferenz arbeiten. Auf diese Weise sollen Differenzen in der Meinungsbildung einzelner Bundesländer beseitigt werden.

Zum Studium der Sozialwissenschaften in Niedersachsen berechtigt in Zukunft das Abschlußzeugnis der Wirtschaftsoberschulen dieses Landes; nach entsprechendem Studium ermöglicht dieses Zeugnis die Zulassung zur Diplomprüfung für Volkswirte, Kaufleute, Handelslehrer und Sozialwirte sowie zur Promotion in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Eine Technische Oberschule in Mainz wird zu Beginn des neuen Schuljahres eröffnet, die vor allem für Absolventen der gewerblichen Berufsaufbauschulen in den Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik bestimmt ist; in einem dreijährigen Bildungsgang kann die fachgebundene Hochschulreife für ein Studium des Höheren Lehramtes an berufsbildenden Schulen erlangt werden.

Eine Forschungsstelle für vergleichende Erziehungswissenschaft wurde am 1. 1. 1966 an der Philipps-Universität Marburg errichtet. Wissenschaftlicher Schwerpunkt des in Abteilungen gegliederten Instituts ist die Erforschung der Bildungsentwicklung in den hochindustrialisierten Staaten. Direktor des Forschungsinstituts ist Leonhard Froese, Ordinarius für Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg.

An der Universität Regensburg wird kein Institutssystem entstehen, wie es bisher an der deutschen Universität vorherrscht; darüber hat sich der Strukturbeirat dieser Universität am 28. Februar 1966 geeinigt. Der Strukturbeirat legt entscheidenden Wert darauf, die kollegiale Struktur der Forschung auch institutionell sicherzustellen. Die Erfahrungen des Physik-Departments an der Technischen Hochschule München und die Arbeitsergebnisse des Gründungsausschusses der Universität Konstanz haben für die Entscheidung des Strukturbeirats richtungsweisende Bedeutung gehabt.

Weiter hat der Strukturbeirat Empfehlungen über den Aufbau der Fachbereiche der Naturwissenschaftlichen Fakultät verabschiedet. Er geht von der Vorstellung aus, daß die Fachbereiche Mathematik, Physik, Chemie und Biologie in sich geschlossene Arbeitsgruppen darstellen und nicht durch divergierendes Spezialistentum belastet werden sollen. Weiter sind Empfehlungen über die erste Aufbaustufe des Medizinstudiums, die vor allem dem vorklinischen Unterricht dienen sollen, und über die weiteren Stufen bis zum Endausbau entwickelt worden.

Der Gründungsausschuß für die Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule in Ulm hat ein Sofortprogramm aufgestellt. Der Unterricht soll auf jeden Fall im Jahre 1968 aufgenommen werden, wenn auch mit weniger Studenten, als ursprünglich vorgesehen waren. Nach den Vorschlägen des Vorsitzenden, Prof. Dr. Heilmeyer/Freiburg, ist beabsichtigt, die in Ulm und Neuulm bestehenden Krankenhäuser zu „akademischen Krankenhäusern" auszubauen und in einer ehemaligen Privatklinik die Anlage des künftigen „Forschungszentrums" zu beginnen. Die Baukosten für die erste Stufe des Projekts schätzt Heilmeyer auf etwa 25 Mio. DM, die sich auf zwei Jahre verteilen. Von denen nach der Fertigstellung der Hochschule vorgesehenen rund 70 Professoren sollen in den nächsten drei Jahren vorerst 32 Wissenschaftler berufen werden.

Hessen denkt vorerst nicht an den Bau neuer Hochschulen: Ministerpräsident Zinn erklärte, Hessen habe heute nahezu ebenso viele Hochschulen wie das größere Nordrhein-Westfalen. Nach Angaben von Kultusminister Schütte ist die Zahl der Lehrstühle an den Hessischen Hochschulen in der Zeit von 1950 bis 1960 von 262 auf 603 gestiegen, die Zahl der Gesamtbediensteten von 3200 auf 10 300. Für Investitionen habe das Land Hessen den Hochschulen 1950 nur rund 5,4 Mio. DM, im Jahre 1965 aber 152,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

Kürzungen muß der Etat des bayerischen Kultusministeriums hinnehmen: In seinem Bereich sollen 27 Mio. DM beim Hochbau und 11 Mio. DM bei der Begabtenförderung gestrichen werden.

Die Gründung einer überregionalen deutschen Richterakademie strebt der Berliner Justizsenator Kirsch (FDP) an.

Die Universität Düsseldorf wurde am 14. Februar mit einem Festakt feierlich konstituiert. Der Rektor, Prof. Dr. Karl Oberdisse, erklärte, daß neben der Medizinischen die Naturwissenschaftlich-Philosophische Fakultät bis 1971 voll arbeitsfähig sein soll. Bis zum Endausbau der Universität im Jahre 1982 könne die Universität nur eine begrenzte Anzahl von Studenten aufnehmen. An der Universität sind heute 1200 Studenten immatrikuliert. Einhundert ordentliche und außerordentliche Professoren und Dozenten bilden den Lehrkörper. Vorläufig sind nur 39 Lehrstühle besetzt. Bisher hatten 1800 Studienbewerber Anfragen zur Immatrikulation an die Universität gerichtet. Platz ist aber zunächst nur für etwa 40 Studienanfänger. Kultusminister Mikat schlug vor, der Universität eine Fakultät der Schönen Künste anzugliedern. In diese Fakultät sollen die Kölner Musikhochschule und die Folkwang-Schule in Essen einbezogen werden. Noch in diesem Jahr soll nach den Vorstellungen von Mikat die Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät Düsseldorf in zwei Fakultäten aufgeteilt werden.

Eine Teilung des Kultusministeriums in ein Wissenschafts- und Erziehungsministerium erwägt die nordrhein-westfälische Landesregierung. Zur Begründung eines entsprechenden Vorschlages hieß es, der Kulturetat umfasse ein Drittel des gesamten Landeshaushaltes, so daß ein Minister und ein Staatssekretär mit der Verwaltung dieses großen Etatblocks überfordert seien.

Der ELDO-Rat bewilligte den Haushaltsplan 1966. In ihm sind 309,5 Mio. DM vorgesehen. Bindungsermächtigungen wurde für 145 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden weitere Mittel für die Fortsetzung der Studienarbeiten am Zukunftsprogramm der ELDO bereitgestellt. Prof. Dr.-Ing. Bock, Direktor des Instituts für Flugtechnik der Technischen Hochschule Darmstadt, wurde ein weiteres Jahr zum Präsidenten des Rates der ELDO gewählt.

Gemeinsame Sitzungen der kulturpolitischen Ausschüsse von Bundestag und Bundesrat hat der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages, Dr. Ulrich Lohmar (SPD), vorgeschlagen. Auf diese Weise soll eine engere Kooperation zwischen Bund und Ländern auch auf parlamentarischer Ebene sichergestellt werden.

Die „befristete Immatrikulation" soll an der Universität Köln mit dem Sommersemester 1966 auch an den Fakultäten eingeführt werden, an denen ein Studienplan bisher nicht besteht. Davon betroffen sind die Juristische, die Medizinische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät bereitet einen Studienplan vor. Die Philosophische Fakultät verfügt über keinen festen Studiengang.

Der österreichische Unterrichtsminister Theodor Piffl-Percevic hat während eines Besuches in Nordrhein-Westfalen auch die neue Ruhr-Universität in Bochum aufgesucht.

Einen erfolgreichen Versuch mit Höhenraketen zur Erforschung der Ionosphäre hat das Institut für Extraterrestrische Physik am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik im November unternommen. Zwei französische „Centaure"-Raketen und eine „Dragon"-Rakete wurden von der algerischen Sahara gestartet. Die Raketen waren vom Max-Planck-Institut vollständig mit Instrumenten ausgerüstet worden. In Höhen von 130, 190 und 400 km wurden Metalldampfwolken erzeugt, die man vom Boden aus beobachtete. Diese Versuche dienten der Erforschung der Ionosphäre, insbesondere der elektrischen Felder und der Winde in diesem Gebiet.

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Heidelberg: Prof. Dr. sc. nat. Margot Becke (Anorganische und Analytische Chemie) wurde zum Rektor für das Amtsjahr 1966/67 gewählt.

Konstanz: Prof. Dr. phil. Gerhard Heß/Heidelberg (Romanische Philologie) wurde zum Rektor nominiert.

Stuttgart: Prof. Dr. phil. Wolfgang Meckelein (Geographie) wurde zum Rektor wiedergewählt. — Zu Dekanen wurden gewählt: Prof. Dr. rer. nat. habil. Johannes-Erich Hiller (Mineralogie und Kristallchemie) in der Natur- und Geisteswissenschaftlichen Fakultät ab 1. April 1966 und Prof. Dr.-Ing. habil. Karl Wellinger (Materialprüfung, Werkstoffkunde und Festigkeitslehre) in der Fakultät für Maschinenwesen ab 1. April 1966.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Darmstadt: Prof. Dr. rer. nat. Hubert Ziegler (Botanik) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Botanik I an der Universität Marburg.

Erlangen-Nürnberg: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. Ernst Kutscher/Wien (Alttestamentliche Theologie) und apl. Prof. Dr. phil. nat. Helmut Pauly/Frankfurt (Biophysik). — Prof. Dr. jur. Reinhold Zippelius (Rechtsphilosophie, Staats-, Verwaltungsrecht und Kirchenrecht) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. — Prof. Dr. jur. Klaus Vogel (Deutsches und Internationales Steuerrecht) erhielt einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg.

Frankfurt: Privatdozent Dr. rer. nat. Hermann Dinges/München (Mathematik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Wahrscheinlichkeitstheorie und Mathematische Statistik berufen. — Prof. Dr. phil. Franz Georg Maier (Alte Geschichte) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Konstanz. — Prof. Dr. rer. nat. Georg Süssmann (Theoretische Physik) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Theoretische Physik III an der Universität München. — Prof. Dr. oec. Paul Riebel (Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Verkehrsbetriebslehre) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Freien Universität Berlin.

Freiburg: Prof. Dr. theol. Anton Vögtle (Neutestamentliche Literatur) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Neues Testament an der Universität Bonn. — Prof. Dr. rer. nat. Ludwig Genzel (Physik) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Experimentalphysik an der Universität Frankfurt.

Göttingen: Prof. Dr. med. Johannes-Ernst Meyer (Psychiatrie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Frankfurt. — Prof. Dr. rer. nat. Peter Ax (Zoologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Zoologie I an der Universität Gießen.

Marburg: Prof. Dr. Vojislac Avakumović, Direktor des Zentralinstituts für Angewandte Mathematik der Kernforschungsanlage Jülich, wurde unter Berufung auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mathematik IV zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. phil. Peter Scheibert (Osteuropäische Geschichte) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Hamburg. — Prof. Dr. med. Otto Braun-Falco (Dermatologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität München.

München: Privatdozent Dr. phil. Dr. jur. Franz Schneider (Politische Wissenschaft) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

München (TH): Dr.-Ing. Hans-Joachim Thomas (Dampfkraftmaschinen) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Saarbrücken: Prof. Dr. med. Dr. med. dent. David Haunfelder (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Münster.

Stuttgart: Prof. Dr. rer. nat. Kurt Magnus (Technische Mechanik) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Technischen Hochschule München. — Wissenschaftlicher Rat Dr. rer. nat. Wolfgang Weidlich (Theoretische Physik) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Kernphysik angenommen. — Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dozent Dr. Peter Lesky (Mathematik), Privatdozent Dr.-Ing. Hans Bufler (Technische Mechanik) und Prof. Dr. rer. nat. Hans-Jürgen Engell (Metallkunde).

Würzburg: Prof. Dr. phil. Ernst Siegmann (Klassische Philologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Hamburg.

b) außerordentliche Professoren

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. phil. Paul Klopsch/Köln (Lateinische Philologie des Mittelalters) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

c) Honorarprofessoren

Frankfurt: Prof. Dr. rer. pol. Karl Friedrich Hagenmüller (Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Tübingen: Dr. Hans-Georg Trieschmann, Leiter der Sparte Kunststoffe der Bad. Anilin- und Soda-Fabrik AG/Ludwigshafen (Verfahrenstechnik) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Frankfurt: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Herbert Brehm (Frauenheilkunde) und Privatdozent Dr. med. Kurt Liebermeister (Hygiene und Bakteriologie).

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Hans Strehlow (Physikalische Chemie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Freiburg.

Heidelberg: Wissenschaftlicher Rat Privatdozent Dr. med. Werner Meesmann (Innere Medizin) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

München: Prof. Dr. phil. Wolfgang Schwenke (Angewandte Zoologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches.

Saarbrücken: Prof. Dr. phil. Joachim Kopper (Philosophie) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Deutschen Sporthochschule in Köln. — Privatdozent Dr. phil. Heinz-Otto Sieburg (Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-französischen Beziehungen) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Stuttgart: Prof. Dr. rer. nat. Eckard Macherauch (Metallphysik) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Mechanische Technologie I an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

f) Dozenten und Privatdozenten

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. med. Dr. med. dent. Raimund Harndt (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) wurde zum Universitätsdozenten ernannt. — Universitätsdozent Dr. rer. nat. Kurt v. Gehlen (Mineralogie, Petrographie und Lagerstättenkunde) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mineralogie an der Technischen Hochschule Hannover.

Frankfurt: Privatdozent Dr. phil. Franz Bernhard (Indologie) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Hamburg. — Privatdozent Dr. rer. nat. Theodor Eckert (Pharmazie) erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Pharmazeutische Technologie an der Universität Münster. — Privatdozent Dr. phil. nat. Wolfgang Schmidt (Geologie und Paläontologie) erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Paläontologie an der Universität Marburg. — Privatdozentin Dr. rer. pol. Eva Bössmann (Volkswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl ihres Faches an der Technischen Universität Berlin.

Freiburg: Privatdozent Dr. phil. Leo Pollmann (Romanische Philologie) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Romanistik an der Technischen Universität Berlin.

Marburg: Privatdozent Dr. rer. pol. Fritz Philipp (Betriebswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre, an der Wirtschaftshochschule Mannheim. — Dozent Dr. phil. Wolrad Vogell (Physikalische Biologie) erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Physikalische Biologie und Elektronenmikroskopie.

München (TH): Privatdozent Dr. phil. Klaus Heinrich Ebert (Kernchemische Technologie) wurde zum Hochschuldozenten ernannt.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER VENIA LEGENDI

Erlangen-Nürnberg: Dr. rer. nat. Heinz Günther Viehe wurde die venia legendi für das Fach Organische Chemie verliehen.

Frankfurt: Die venia legendi erhielten: Dr. iur. Alfred Söllner für das Fach Römisches Recht, Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht, Dr. iur. Volkmar Götz für das Fach Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Völkerrecht, Dr. iur. Gerhard Dilcher für das Fach Deutsche Rechtsgeschichte und Bürgerliches Recht, Dr. med. Hartmut Balzer für das Fach Pharmazie und Toxikologie, Dr. med. Helmut Vonderschmitt für das Fach Anaesthesiologie, Dr. med. Ernst Dieter Wachsmuth für das Fach Physiologische Chemie und Immunologie, Dr. rer. nat. Hanswerner Dellweg für das Fach Therapeutische Biochemie, Dr. med. vet. Günter Wachendörfer für das Fach Zoonosen, Dr. phil. Hermann Schweppenhäuser für das Fach Philosophie, Dr. phil. Christian Beutler für das Fach Kunstgeschichte, Dr. rer. nat. Klaus Dietrich Heckmann für das Fach Physikalische Chemie und Dr. phil. nat. Ulrich Winkler für das Fach Mikrobiologie.

Hannover (TH): Es habilitierten sich: Oberstudienrat Dr. rer. nat. Ernst-Jochen Thiele für das Fach Mathematik und Dr. rer. nat. Hermann Schmalzried für das Fach Physikalische Chemie.

Heidelberg: Die venia legendi erhielten: Wiss. Ass. Dr. med. Franz Kleibel für das Fach Klinische Onkologie, insbesondere Strahlentherapie, Wiss. Ass. Dr. med. Ellen Weber für das Fach Pharmakologie, Dr. med. Eduard Seidler für das Fach Geschichte der Medizin, Dr. rer. nat. Gisbert zu Putlitz für das Fach Physik und Dr. rer. nat. Ernst Wilhelm Otten für das Fach Physik.

Saarbrücken: Es habilitierten sich: Wiss. Ass. Dr. med. Hanns Jürgen Hanschke für das Fach Urologie, Wiss. Ass. Dr. med. Ilmar Jurna für das Fach Pharmakologie und Toxikologie, Wiss. Ass. Dr. phil. Eduard Hlawitschka für das Fach Mittlere und Neuere Geschichte und Historische Hilfswissenschaften, Universitätsmusikdirektor Dr. phil. Wendelin Müller-Blattau für das Fach Musikwissenschaft, insbesondere Geschichte der Aufführungspraxis und musikalische Landeskunde, und Wiss. Ass. Dr. rer. nat. Eberhard Häusler für das Fach Experimentalphysik.

Stuttgart: Dr. rer. nat. Peter Sagirow erhielt die Lehrberechtigung für das Fach Theoretische Mechanik.

Tübingen: Privatdozent Dr. Hans Machleidt hat sich von der Universität Bonn an die Universität Tübingen umhabilitiert und die venia legendi für das Fach Organische Chemie erhalten.

Würzburg: Es habilitierten sich: Wiss. Ass. Dr. phil. Walter Kocher für das Fach Zoologie und Wiss. Ass. Dr. med. Heinz Mosler für das Fach Geburtshilfe und Frauenheilkunde. — Die Lehrbefugnis von apl. Prof. Dr. jur. habil. Gerhard Mattern (Steuerrecht und Prozeßrecht) ist auf das Gebiet Finanzrecht erweitert worden.

VERTRETUNGEN

Darmstadt: Prof. Dr. rer. nat. Friedrich Beck (Physik) ist mit der kommissarischen Wahrnehmung des Lehrstuhls für Theoretische Physik II beauftragt worden.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. med. Carl Max Hasselmann (Haut- und Geschlechtskrankheiten) wurde bis zur Wiederbesetzung mit der vertretungsweisen Wahrnehmung seines bisherigen Lehrstuhls beauftragt.

Stuttgart: Prof. Dr. Slibar wurde auch während des WS 1965/66 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Technische Mechanik für Bauingenieure beauftragt. — Prof. Dr.-Ing. Ernst Gotthardt (Geodäsie und Vermessungskunde) wurde während des WS 1965/66 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Vermessungswesen und Photogrammetrie beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Stuttgart: Privatdozent Dr. rer. nat. Fritz Lüty (Physik) wurde ab 1. 11. 1965 für ein Jahr zur Annahme einer Professur an der University of Utah, Salt Lake City, beurlaubt.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Freiburg: Prof. Dr. jur. Konrad Hesse (Staats-, Verwaltungs- und Kirchenrecht) hat den Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Bonn abgelehnt.

Heidelberg: Prof. Dr. jur. Hubert Niederländer (Bürgerliches Recht,, Römisches Recht und Rechtsvergleichung) hat den Ruf auf einen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht an der Universität Bonn abgelehnt. — Prof. Dr. Ahasver von Brandt (Mittelalterliche und Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Historischen Hilfswissenschaften) hat den Ruf auf ein Ordinariat für Mittelalterliche und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Hermann Röhrs (Pädagogik) hat den Ruf auf ein Ordinariat für Wirtschafts- und Berufspädagogik an der Universität Köln abgelehnt.

Stuttgart: Prof. Dr. phil. Robert Spaemann (Philosophie und Pädagogik) hat einen Ruf an die Universität Hamburg abgelehnt. — Wissenschaftlicher Rat Dr. rer. nat. Wolfgang Weidlich (Theoretische Physik) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Gießen abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

München (TH): Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Thomas (Dampfkraftmaschinen) wurde zum Vorstand des Instituts für Dampfkraftmaschinen bestellt.

GASTPROFESSUREN

Frankfurt: Prof. Dr. Arpad Szabo/Budapest wurde für vier Monate mit einer Gastprofessur am Institut für die Geschichte der Naturwissenschaft betraut. — Prof. Dr. Michael Danos/National Bureau of Standards, Washington D. C., wurde für die Monate April bis Mai 1966 mit einer Gastprofessur am Institut für Theoretische Physik betraut.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Darmstadt: Staatsminister a. D. Dr. jur. Heinrich Troeger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank/Frankfurt, wurde die Würde eines Dr. rer. pol. h. c. verliehen.

Hannover (TH): Oberingenieur Johannes Peters/Ottobrunn wurde die Würde eines Doktor-Ingenieurs Ehren halber verliehen.

Heidelberg: Ministerialdirigent Peter Rößler wurde die Würde eines Doktors der Rechte ehrenhalber verliehen.

München: Dr. phil. Dr. med. h. c. Dr. med. vet. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Dr. phil. h. c. Dr. Sci. h. c. Dr. med. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Dr. h. c. Adolf Butenandt (Physiologische Chemie) wurde von der Technischen Universität Berlin mit dem Ehrengrad eines Dr.-Ing. e. h. ausgezeichnet.

Stuttgart: Dipl.-Ing. Richard Auberlen/Stuttgart wurde die Würde eines Doktor-Ingenieurs Ehren halber verliehen. — Prof. Dr. phil. Erich Hückel/Marburg (Theoretische Physik) wurde die Würde eines Dr. rer. nat. Ehren halber verliehen.

b) Ehrensenatoren

Stuttgart: Präsident a. D. Dipl.-Ing. Richard Mayer/Stuttgart wurde zum Senator Ehren halber ernannt.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Berlin (FU): Prof. Dr. med. Walther Pribilla (Innere Medizin) wurde zum Präsidenten des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie für das Jahr 1966 gewählt.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. med. Wolfgang Frik (Medizinische Strahlenkunde) wurde zum Vorsitzenden der Bayerischen Röntgengesellschaft gewählt.

Frankfurt: Prof. Dr. med. Walter Amelung (Innere Medizin) wurde zum Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Physikalische Medizin ernannt.

Marburg: Prof. Dr. med. Otto Braun-Falco (Dermatologie) wurde zum Mitglied der Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle gewählt.

München (TH): Privatdozent Dr. agr. Horst Eichhorn (Landtechnik) wurde erneut in den Vorstand der Max-Eyth-Gesellschaft zur Förderung der Landtechnik gewählt und zum Mitglied des Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft ernannt.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Bonn: Prof. Dr. Hans Braun (Pflanzenkrankheiten) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen.

Erlangen-Nürnberg: Der Bayerische Verdienstorden wurde verliehen an: Prof. Dr. med. Josef Beck (Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde), Prof. Dr. med. Norbert Henning (Innere Medizin), Prof. Dr. phil. Georg Nöbeling (Mathematik) und Prof. Dr. phil. Friedrich Wilhelm Schoberth, M. A. (Kunde der Angelsächsischen Sprachen und Kulturkreise).

Heidelberg: Prof. Dr. phil. Hans Lettré (Experimentelle Krebsforschung) ist der für 1965 ausgesetzte Preis der „Wilhelm Warner Stiftung" in Hamburg verliehen worden. — Prof. Dr.-Ing. Ulrich Hofmann (Anorganische Chemie) wurde von der Kolloid-Gesellschaft der Wolfgang-Ostwald-Preis verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Hamburg: Prof. Dr. phil. Rudolf Haas (Englische Philologie, mit besonderer Berücksichtigung der Sprache und Kultur Nordamerikas) wurde in den Wissenschaftsrat berufen.

München (TH): Prof. Dr. phil. Hans-Joachim Born (Radiochemie) wurde zum Vorsitzenden des Arbeitskreises Kernchemie der Deutschen Atomkommission gewählt. — Prof. Dr. agr. Manfred Kirchgeßner (Tierernährung) wurde von der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde e. V. als ordentliches Mitglied für die Studienkommission „Fütterung der Haustiere" in der Europäischen Vereinigung für Tierzucht gewählt.

Stuttgart: Prof. Dr. rer. nat. Karl Gustav Bergner (Lebensmittelchemie) wurde zum Gutachter des Forschungsrates für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gewählt.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Bochum: Prof. Dr. rer. pol. Johannes Christian Papalekas (Soziologie) erhielt von der griechischen Regierung den Taxiarch des königlichen Phönixordens.

Bonn: Prof. Dr. theol. Karl Theodor Schäfer (Neues Testament) wurde von Papst Paul VI. zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Otto Haupt (Mathematik) wurde von der Universität Nantes ein Ehrendoktortitel verliehen.

Frankfurt: Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Dr. h. c. Dr. h. c. Helmut Coing (Römisches Recht, Bürgerliches Recht und Rechtsphilosophie) wurde zum Offizier der Französischen Ehrenlegion ernannt.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. Fritz Arndt (Chemie) wurde von der Universität Istanbul zum Dr. h. c. ernannt.

Tübingen: Wiss. Ass. Dr. rer. nat. Eberhard Curio (Zoologie) wurde in das Wissenschaftliche Beratende Komitee der Charles-Darwin-Foundation zur Erforschung und zum Schutz der Galapagos-Inseln gewählt.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Frankfurt: Prof. Dr. med. Rudolf Geissendörfer (Chirurgie) wurde zum auswärtigen Mitglied der Académie de Chirurgie in Paris gewählt.

Heidelberg: Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Dr. h. c. Fritz Linder (Chirurgie) wurde zum planmäßigen auswärtigen Mitglied der Académie de Chirurgie de Paris und zum Honorary Fellow der Association of Surgeons in Great Britain and Ireland gewählt.

Saarbrücken: Prof. Dr. Léontin Constantinesco (Europarecht und Rechtsvergleichung im Privatrecht) wurde von der Brasilianischen Gesellschaft für Luftrecht zum Ehrenmitglied ernannt. — Prof. Dr. phil. Dr. med. Robert Ammon (Physiologische Chemie) wurde von der Sociedade Portuguesa de Quimica i Fisica in Lissabon zum Ehrenmitglied ernannt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Frankfurt: Prof. Dr. rer. nat. Arnold Münster (Theoretische Physikalische Chemie) ist von der französischen Atomenergiekommission eingeladen worden, im März und April 1966 am Institut National des Sciences et Techniques Nucléaires Saclay einen Kursus zu halten.

Heidelberg: Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. Heinrich Wrba (Experimentelle Pathologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Experimentelle Krebsforschung an der Universität Wien. — Privatdozent Dr. theol. Rolf Knierim (Altes Testament) wurde auf ein Ordinariat seines Faches an der School of Theology in Claremont/California, USA, berufen. — Prof. Dr. phil. Reinhold Hammerstein (Musikwissenschaft) hat den Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der Universität Basel abgelehnt.

Saarbrücken: Prof. Dr. Roger Bauer (Vergleichende Literaturwissenschaft) wurde an die Faculté des Lettres et des Sciences Humaines der Universität Straßburg berufen. — Prof. Dr. phil. Manfred Mayrhofer (Vergleichende Indogermanische Sprachwissenschaft und Indo-Iranistik) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Allgemeine und Indogermanische Sprachwissenschaft an der Universität Wien. — Prof. Dr. rer. nat. Joseph Barthel (Physikalische Chemie) erhielt einen Lehrauftrag an der Faculté des Sciences der Universität Paris.

Stuttgart: Prof. D. Sc. John H. Argyris (Statik und Dynamik der Luft- und Raumfahrtkonstruktionen) erhielt Rufe des Massachusetts Institute of Technology/Boston, der University of Calfornia/Berkeley, und der University of California/San Diego, La Yolla. — Prof. Dr. rer. nat. Eckard Macherauch (Metallphysik) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Höhere Werkstoffkunde, insbesondere der Metalle, an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. — Prof. Dr. phil. habil. Fritz Martini (Deutsche Literatur und Ästhetik) wurde für die Monate Februar bis Mai 1966 als Gastprofessor von der University of California/Davis, zur Abhaltung von Vorlesungen und Seminaren eingeladen.

GEBURTSTAGE

Berlin (TU): Prof. Dipl.-Ing. Karl-Wilhelm Ochs (Gebäudelehre und Entwerfen) vollendete am 28. 2. sein 70. Lebensjahr.

Bonn: Prof. Dr. med. Dr. phil. Johannes Steudel (Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften) vollendet am 9. 3. sein 65. Lebensjahr.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. sc. pol. Dr. rer. pol. h. c. Rudolf Stucken (Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft) vollendet am 17. 3. sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Erwin Scheu (Wirtschaftsgeographie) vollendet am 13. 3. sein 80. Lebensjahr.

Freiburg: Prof. Dr. med. vet. Dr. med. vet. h. c. Karl Trautwein (Serologie und Tierhygiene) vollendete am 21. 2. sein 70. Lebensjahr.

Karlsruhe: Prof. Dr.-Ing. Kurt Nesselmann (Technische Thermodynamik) vollendete am 2. 3. sein 70. Lebensjahr. — Prof. Dr.-Ing. Dr. phil. nat. h. c. Dr. sc. agr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Rudolf Plank (Maschinenlehre) vollendete am 6. 3. sein 80. Lebensjahr.

Stuttgart: Prof. Dr. phil. Wilhelm Keil (Zeitmeßkunde, Uhrentechnik und Feinmechanik) vollendete am 3. 2. sein 75. Lebensjahr.

TODESFÄLLE

Darmstadt: Prof. Dr.-Ing. Karl Gruber (Baugeschichte und Städtebau) ist am 12. 2. im Alter von 80 Jahren verstorben.

7781
ASTA d. T.H.
Referat f. Hochschulfragen

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

11. 3.

Wissenschafts-Notizen (Radio Bremen II, 21.05).

12. 3.

Lessing-Hochschule. Die Religion des Ostens (2). Der Zen-Buddhismus in Japan. Vortrag von Prof. Dr. Hans Eckardt (SFB, 11.45).

Der Verband Deutscher Studentenschaften. Ein Life-Zeitfunkbericht anläßlich seiner Vollversammlung in Heidelberg. Reporter: Dr. Siegfried Kaspar (SDR II, 16.00).

Kulturpolitischer Kommentar. Von Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg (NDR II, 21.05).

13. 3.

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Hans Adalbert Schweigart/Hannover: Die Zivilisationskrankheiten und ihre Ursachen (SDR, 10.05).

Die Aula, die Stunde der Universität. Dr. Thomas Sartory: Martin Buber und die Krisis des Christentums (SWF, 10.30).

14. 3.

Wie man in Deutschland Professor wird. Eine Untersuchung zum Nachwuchsproblem an deutschen Universitäten. Zusammengestellt von Hans-Götz Oxenius (WDR III, 20.00).

Naturwissenschaftliche Journale. Durchblättert und mit Randbemerkungen versehen von Ingolf Jungclaus (Radio Bremen II, 21.30).

Kongreßbericht. Elektrische Raumantriebe. Bericht aus Sonnenberg/Harz (Deutschlandfunk, 22.00).

15. 3.

Wissenschafts-Notizen (Radio Bremen II, 21.05).

Deutsche Lehr- und Forschungsstätten. Deutsches Historisches Institut in Paris. Von Johannes Volker Wagner (Saarl. Rdf. II, 22.00).

Hochschulnachrichten (Saarl. Rdf. II, 22.15).

Das Salzburger Nachtstudio. Kunst und Gesellschaft im zwanzigsten Jahrhundert. Dr. Stefan Teodorescu/Stuttgart: Moderne Kunst — absurde Literatur — menschliche Existenz (Österr. Rdf. II, 22.15).

16. 3.

Kärntner Hochschulwochen 1966. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Rigler: Die Blutgruppen und ihre Bedeutung für Bluttransfusion und Rechtsverfahren (Österr. Rdf. II, 15.15).

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Univ.-Prof. Pater Dr. Franz Martin Schmölz/Salzburg: Revidiert der Marxismus seine politische Theorie? (Österr. Rdf. II, 17.25).

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 17.30).

17. 3.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 10.10).

Forscher zu Gast (Österr. Rdf. II, 17.25).

Bildungsfragen der Gegenwart. Die deutschen Auslandsschulen. Ms.: Dieter Kraeter (Hess. Rdf. II, 17.30).

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF II, 17.45).

Der wissenschaftliche Bericht (Bayer. Rdf./Studienprogramm, 19.30).

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau (SDR II, 21.30).

Bilanz der Mitgliederversammlung des VDS (Hess. Rdf. II. 21.50).

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Der zeitgenössische Roman: Frankreich. Christliche Autoren. Von Pierre-Henri Simon/Paris. — 2. Zigeuner in Europa. In Spanien. Von Walter Starkie (Hess. Rdf. II, 22.00).

Aus dem Hochschulleben. Kommentare und Berichte (SDR II, 22.40).

18. 3.

Aus Naturwissenschaft und Technik (WDR, 17.20).

Wissen für alle. Der Mensch, molekularbiologisch gedeutet. Ms.: Dr. Manfred Lorenz (Österr. Rdf. II, 17.25).

Die Internationale Radiouniversität. Zur Morphologie der Großstädte. Ms.: Karl Prokop/New York (Österr. Rdf. II, 22.35).

19. 3.

Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik in England und Übersee (SFB, 11.00).

20.3

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Emil Sebastian Bücherl/Berlin: Der Organersatz (SDR, 10.05).

Die Aula, die Stunde der Universität. Prof. Ossip K. Flechtheim: Ideologie, Utopie und Futurologie (SWF, 10.30).

Der Wissenschaftsbericht. Sinn und Unsinn der Weltraumfahrt. Eine Gegenüberstellung von Richard Kaufmann (SDR II, 16.00).

21. 3.

Kongreßbericht. Ganzheitsmedizin und Naturheilverfahren. Bericht aus Igels (Deutschlandfunk, 22.00).

22. 3.

Aus naturwissenschaftlichen Zeitschriften. Von Hoimar von Ditfurth (Saarl. Rdf. II, 22.00).

Hochschulnachrichten (Saarl. Rdf. II, 22.15).

Das Salzburger Nachtstudio. Kunst und Gesellschaft im zwanzigsten Jahrhundert. Univ.-Prof. Dr. Leo Kofler/Köln: Das Apollinische und das Dionysische in der modernen Gesellschaft (Österr. Rdf. II, 22.15).

23. 3.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Scheminsky: Neue Erkenntnisse in der Balneologie (Österr. Rdf. II, 17.25).

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 17.30).

Die Internationale Radiouniversität. Hören und Sprechen (1). Die Sprache als Wesensmerkmal des Menschen. Es spricht Univ.-Prof. Dr. Julius Berendes/Marburg (Lahn) (Österr. Rdf. II, 22.35).

24. 3.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk 10.10).

Neue Wege der Erforschung unserer Evangelien. Von Univ.-Prof. Dr. Johann Bauer (Österr. Rdf./Graz, 14.40).

Fünfte Internationale Universitätswochen für Kernphysik in Schladming. Ein Bericht von Dr. Karl Logar (Österr. Rdf. II, 16.00).

Forscher zu Gast. Denkmalpflege in Ungarn. Mit dem Kunsthistoriker Dr. Dezso Dercenyi, Dozent an der Universität Budapest, spricht Dr. Ulrich Ocherbauer (Österr. Rdf. II, 17.25).

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF II, 17.45).

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau (SDR II, 21.30).

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Biometeorologie. Ihre Rolle im Sport. Von Dr. Imre Ormény/Budapest. — 2. Die Verschmutzung. Verunreinigung der oberen Atmosphäre durch Raketen und Überschallflüge. Von Jerome Pressmann/Massachusetts. — 3. Finalität und Leben. Die faktische Finalität in der Biologie. Von Prof. Paul Emile Pilet/Lausanne (Hess. Rdf. II, 22.00).

25. 3.

Die Internationale Radiouniversität. Hören und Sprechen (2). Die Physik des Ohres. Es spricht Univ.-Prof. Dr. Julius Berendes/Marburg (Lahn) (Österr. Rdf. II, 22.35).

26. 3.

Hochschule heute. Themen und Perspektiven, aufgezeigt von Frank Pauli (SFB, 11.00).

Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Dr. Josef Raabe.
Verlag: Hochschuldienst, Bonn, Hochstadenring 15 / Postfach 323, Tel.: 3 75 95, Postscheck: Köln 1574 38, Bank: Städt. Sparkasse Bonn 6470. — Der Hochschul-Dienst erscheint am 8. und 23. eines jeden Monats, mit Ausnahme der Ausgaben vom 23. August und 8. September, die wegen der Sommerferien mit der vorhergehenden bzw. nachfolgenden zusammengelegt werden. Redaktionsschluß jeweils am 1. resp. 15. des betreffenden Monats. Verlag und Schriftleitung behalten sich vor, Redaktionsschluß- und Erscheinungstermine aus zwingenden Gründen zu verschieben. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion dar. — Abdruck nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. — Die Ausgaben in Englisch, Französisch und Spanisch, die in Verbindung mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft herausgegeben werden, erscheinen monatlich. — Bezugsgebühr der deutschen Ausgaben 10,— DM im Quartal einschließlich Porto. — Druck: Buch- u. Zeitungsdruckerei H. Köllen, Bonn.